

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3.60 M.,
im voraus zahlbar, Postbezug 4.32 M.,
einjährlich 60 Pf., Postzeitung 60- und
72 Pf. Vollbestellgebühren. Auslands-
abonnement 6.- M. pro Monat; für
Gäbner mit ermäßigtem Drucklohn-
porto 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Wochenausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Wohlfahrt“ illustrierte Beilage „Zeit
und Zeit“ Bremer „Braunschw.“, „Zeit-
und Zeit“, „Bild in die Arbeiterwelt“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stichtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Reparations-
politik, die in der Reichs-
politik, „Kleine Anzeigen“ des er-
gebendsten Wortes 25 Pfennig (zwei-
seitige Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stellenangebote das erste
Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochenttäglich
von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 228-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. D. V. - Gef., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

Hitler als Polizeichef.

Braunschweiger Polizei von SA. abgesetzt.

Braunschweig, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Ein ungeheurer Vorfall, der die bekannte Affäre Franzen auf der Berliner Polizeiwache noch in den Schatten stellt, hat sich am Sonntag in Braunschweig anlässlich der Nazitagung zugetragen. Ein Oberwachmeister der Braunschweiger Schutzpolizei wurde auf der Straße von zwei verletzten Männern aufgefordert, die Namen von Hakenkreuzlern festzustellen, die die beiden ohne Grund überfallen und blutig geschlagen hatten. Der Polizeibeamte kam, wie es seine Pflicht war, dieser Aufforderung nach und begab sich vor das Böhrenhotel, das Hauptquartier der Nazi, wo Adolf Hitler abgestiegen war.

Hier wurde er von einem SA-Führer mit den Worten angehalten: „Die Polizei hat hier nichts zu sagen.“

Die SA griff dann ein und schlug erneut auf das umstehende Publikum los. Der Wachmeister schützte die beiden Verletzten, die sich unter seinen Schutz gestellt hatten und zog dabei seinen Säbel, wurde aber gewaltsam daran gehindert, seine Waffe zu gebrauchen.

Jetzt erschien Hitler selbst in der Hotelstür und erklärte großspurig zu seinen SA-Leuten: „Stellen Sie den Namen des Polizeibeamten fest, alles Weitere wird sich finden.“

Der Polizeibeamte ging darauf zur Schutzpolizeikaserne zurück. Dort erschien eine halbe Stunde später der Polizeiminister Franzen persönlich und untersagte dem Polizeiwachmeister die weitere Ausübung des Dienstes. Außerdem ordnete Franzen in seiner Eigenschaft als Polizeiminister an, daß der betreffende Beamte die Kaserne nicht verlassen dürfe.

Diese Anordnung blieb bis Montag in Kraft. Der Polizeiminister Franzen hat also einem Polizeibeamten, der nur gemäß seinen Dienstvorschriften handelte, die weitere Dienstausübung unter-

sagt und hat damit die Ungeheuerlichkeiten der SA, gegen die der Polizeibeamte einschreiten mußte, gebilligt und die schuldigen SA-Leute der Bestrafung entzogen. Ein derartiges Verhalten dürfte in Deutschland wohl einzig dastehen!

Das blutige Ergebnis.

Braunschweig, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Die Liste der von den Hakenkreuzern in Braunschweig am sogenannten Hitler-Tag begangenen Verbrechen war am Montagabend einigermaßen zu übersehen. Ein 72jähriger Arbeitsinvalid wurde von den Nazis mit brennenden Fackeln niedergeschlagen und schwer mißhandelt. Die Verletzungen sind lebensgefährlich. Genau so war es bei einem Zimmergesellen, der beim Umzug einen Sturz machte. Ihm wurde von einem Braunschweiger Hakenkreuzler Salzsäure ins Gesicht geschüttet, wahrscheinlich wird der Schwerverletzte erblinden. Dem feigen Attentäter wurde zum Schutze seiner Wohnung von Franzen eine Polizeiwache gestellt. In einer Arbeiterstraße kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen propogierenden SA-Leuten und Anwohnern. Die Nazis schloffen scharf, wurden aber zurückgeschlagen und schafften drei Schwerverletzte fort.

Hörting in Braunschweig.

Braunschweig, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Unter tiefer Beteiligung der werktätigen Bevölkerung nahm Hörting am Montagabend den Appell über die Braunschweiger Schutz ab. Anschließend sprach der Bundesführer des Reichsbanners in einer Riesenkundgebung, die wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrt war. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Washington und Moskau

Der amerikanisch-russische Konflikt.

New York, im Februar. (Eigenbericht.)

Unter den Weltgroßmächten haben die Vereinigten Staaten Nordamerikas von Anfang an gegenüber dem Sowjetstaat eine Sonderstellung eingenommen, die in gewisser Beziehung an die Haltung Clemenceaus erinnert. Clemenceau wollte zwischen Sowjetrußland und der übrigen Welt einen scharfen Trennungsstrich ziehen: nicht nur durch das Verhängen der Anerkennung der Sowjetregierung, sondern auch durch wirtschaftliche Blockade. Die Amerikaner haben nur den ersten Teil dieses Programms angenommen; aber sie halten an ihm seit Anbeginn der Sowjetrepublik bis zum heutigen Tage mit eiserner Konsequenz fest: also kein wirtschaftlicher, wohl aber ein diplomatischer Drahtverhaue zwischen den zwei Riesenstaaten.

Demgegenüber bemühten sich die Sowjetmächte zunächst, durch die offene kommerzielle Luke die Handelsbeziehungen soweit als möglich zu erweitern; sobald es aber geschehen war, versuchten sie immer wieder — freilich stets mit negativem Erfolg — auch die politische Blockade zu durchbrechen. Schon 1919 wurden die Handelsbeziehungen zu Amerika durch zwei Gesellschaften, die Products Exchange Corporation und die Arcos-America, wieder aufgenommen. 1924 wurden beide zur „Amtorg Trading Corporation“ vereinigt. Der amerikanische Export nach Rußland, der 1913 rund 25 Millionen Dollar betragen hatte, erreichte 1928/29 die Summe von über 100 Millionen Dollar. Die Handelsbilanz blieb — für Amerika — dabei stets aktiv. Dennoch beharrte das Weiße Haus auf seiner politischen Ablehnung des Sowjetstaates. Ein Versuch, ohne die Anerkennung der Sowjetregierung eine Art diplomatische Vertretung in beiden Ländern zu schaffen (wie sie zwischen Rußland und der Tschechoslowakei besteht), mißlang vollkommen. Kurz vor Hardings Regierungsantritt wurde der diplomatische Sowjetvertreter Martens aus den USA ausgewiesen. Vorher hatte der USA-Betreiber Francis Rufland verlassen. Tschitscherins Verhandlungen mit dem Staatssekretär Hughes 1923 über die Anerkennung der Sowjetregierung scheiterten. Dieselbe Haltung wie Hughes nahmen später Kellogg und Stimson ein. Ebensolche scheiterten die Bemühungen des amerikanischen Senators Borah und der an Rußland interessierten Rockefeller-Gruppe, die Anerkennung durchzusetzen, wie die das gleiche Ziel verfolgenden Amerikaner des damaligen russischen Staatsbankdirektors Scheinmann und des Leiters der russischen Handelsvertretung in London, Brown. Rußland hat nicht einmal Konsulate in den Vereinigten Staaten. Amerika hat es bisher sogar abgelehnt, auch nur einen Handelsvertrag mit Moskau abzuschließen, weil das die Anerkennung zur Voraussetzung hätte. Die Haltung Amerikas verhehlt ihren Einfluß auch auf andere Länder nicht, und besonders in England wirkte in dem Streit für oder gegen die Anerkennung Moskaus das Argument, daß Amerika eine aktive Handelsbilanz, England hingegen trotz Anerkennung der Sowjetregierung eine passive Bilanz im Geschäft mit Rußland aufweist.

Da das amerikanische Geschäft mit Rußland sich gut entwickelte kann und muß die Washingtoner Unversöhnlichkeit durch eine Politik des Prinzipis erklärt werden, der die USA leicht zuneigen. Man fürchtet, durch die Anerkennung der Sowjetregierung etwas zu sanktionieren, was dem im eigenen Lande so hochgehaltenen individualistischen Wirtschaftsprinzip zuwiderläuft und dadurch dieses Prinzip selbst zu diskreditieren. Man will ferner nicht, da man sich unentwegt zur Demokratie bekennt, ein System anerkennen, das alle demokratischen Grundsätze mit Füßen tritt. Und da man auch das Eindringen der Sowjetpropaganda ins Land nach Möglichkeit verhindern will, so läßt man auch keine durch Exterritorialität geschützten Sowjetleute zu.

Seit etwa einem halben Jahre beginnt die Feindschaft gegen das Sowjetsystem auch in den Wirtschaftsverkehr einzudringen. Im August erregte es großes Aufsehen, daß Sowjetschiffen mit Papier, Holz und Streichholzladungen die Landung in Amerika verboten wurde. Die Motivierung war, daß amerikanisches Gebeiz und Herkommen die Einführung von Produkten der Sklavenarbeit verbiete und die Zwangsarbeit der nach den nördlichen Waldgebieten der Sowjetunion Verbannten der Sklavenarbeit gleichzuachten sei. Diesen Standpunkt vertraten nicht nur die Handelsbehörden, sondern auch der amerikanische Gewerkschaftsbund. Das Landungsverbot wurde, nach Protesten der Sowjetregierung, vor allem deshalb wieder aufgehoben, weil amerikanische Industrielle erklärten, auf die russische Zellulose, die besser als die kanadische sei, nicht verzichten zu können.

Seitdem hat aber die Arbeitslosigkeit in USA bisher ungeahnte Ausmaße angenommen — und heute ist das antirussische Warenverbot abermals erlassen. Das Wort von der russischen Sklavenarbeit ertönt immer lauter. Senator Odhn erklärte erst dieser Tage, selten habe in der Weltgeschichte ein Staat seinen Bürgern diese Arbeit in solchem Maße aufgezwungen wie Sowjetrußland. Die Sowjetpresse zetert, demotiert und droht mit Entziehung der Aufträge.

Beschlüsse der Internationale.

Ergebnisse der Züricher Tagung.

Zürich, 23. Februar.

Auf der Tagung der Internationalen Arbeiterregulativ in Zürich berichtete Otto Bauer-Wien über die Verhandlungen und Beschlüsse der gemeinsamen Kommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Prüfung der Fragen der Arbeitslosigkeit.

Gemäß einem Antrag Grimm-Schweiz nahm die Exekutive die Beschlüsse zur Kenntnis und forderte die Arbeiter auf, den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen energisch aufzunehmen und das Bewußtsein für sie zu steigern, da

die gegenwärtige Krise des Kapitalismus immer dringender die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Notwendigkeit

macht. Ein weiterer Beschluß betont, daß internationale Verträge über die Herabsetzung der Zölle für einzelne Warengruppen als Mittel zur allgemeinen Herabsetzung der Zölle auf der ganzen Linie zu schaffen sind. Schließlich wird die Einführung der Arbeitslosenversicherung in jenen Ländern, in denen sie noch nicht besteht, dringend gefordert. Ein besonderer Beschluß der Exekutive, auf Antrag von Bauer-Oesterreich, erhebt

unbeschadet der Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag die Forderung nach der Fünftageswoche.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte den Wunsch ausgesprochen, die Aktion für die Abrüstung, die durch den bevorstehenden Zusammenritt der Weltabrüstungskonferenz des Völkerbundes erforderlich wird, im Einvernehmen mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu führen. Diesem Wunsch hat die Exekutive entsprochen und den Vorsitzenden ihrer Abrüstungskommission, Abg. Albarada-Holland und den Sekretär Adler beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen mit den Vertretern des IGB, Souhauz-Frankreich und Sekretär Schewenels, zu führen. Es ist u. a. in Aussicht genommen, eine gemeinsame Abrüstungskommission zu bilden.

Die Frage der Abrüstung

wird auch einer der Hauptgegenstände der Beratungen auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Wien sein, der am 25. Juni 1931 eröffnet werden wird. Als Tagesordnung des Internationalen Kongresses in Wien wurde festgelegt:

1. Der Kampf um die Abrüstung und gegen Kriegsgefahr. Referent de Brouckere-Belgien.
2. Die allgemeine Lage der sozialistischen Bewegung und der

Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie. Referent Otto Bauer-Wien.

3. Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Referent noch nicht bestimmt.)

Zum Resultat der Indientkonferenz nahm die Exekutive eine Resolution einstimmig an, die dem Präsidenten des indischen Nationalkongresses und Gandhi übermittelt wurde und die die Hoffnung ausspricht, daß die gegenwärtigen Verhandlungen, die aus der Indientkonferenz hervorgegangen sind, erfolgreich sein werden. Auf Beschluß der Exekutive sandte ihr Vorsitzender

Danderoelde ein Schreiben an den Rat der Volkskommissare der USSR.

in Moskau, in dem er auf die vom „Vorwärts“ wiedergegebene offizielle Sowjetagenturmeldung Bezug nimmt und ausführlich gegen die Behandlung der wegen angeblicher kommunistischer Bestrebungen verhafteten Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands (Renschewitsch) protestiert; im Kampfe gegen die bolschewistische Diktatur hätten die Sozialisten Rußlands alle Versuche zum gewaltsamen Sturz des Sowjetregimes immer bekräftigt.

De Brouckere-Belgien erstattete Bericht über die Sitzung der Völkerbundskommission der Arbeiterinternationale. Die Exekutive nahm zur Kenntnis, daß die Sozialistische Partei von Uruguay auf ihrem letzten Parteitag beschlossen hat, um die Aufnahme in die Sozialistische Arbeiterinternationale nachzusuchen. Die Exekutive beschloß weiter, dem Aufnahmegeuch der radikal-sozialistischen ukrainischen Partei in Polen stattzugeben und die Aufnahme zu vollziehen.

Montag, 2. März, abends 7 1/2 Uhr,
„Sportpalast“, Potsdamer Straße 72:

Otto Braun, Preußischer Ministerpräsident

Pietro Nenni, Italien

(Verfasser des Buches „Todeskampf der Freiheit!“)

Einlaßkarten bei den Funktionären.

Bezirksvorstand.

Der erste Austritt zu diesem ganzen Konflikt war und ist der Kampf gegen das Sowjetdumping. Noch nicht lange ist es her, da verlangten britische Arbeiter die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland in der Hoffnung, dadurch eine gewisse Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit zu schaffen. Heute aber fordern amerikanische Arbeiter die Sperrung der Sowjeteinfuhr — aus Rücksicht auf die eigene Arbeitslosigkeit.

Gewiß ziehen alle Staaten ihre Sträflinge zur Zwangsarbeit heran. Aber das sowjetrußische Strafrecht tritt aus der Reihe aller zivilisierten Staaten schon deswegen heraus, weil es nicht einmal die elementare Regel „keine Strafe ohne Gesetz“ kennt und alles, wie unter dem Fasismus, wieder der administrativen Willkür überläßt. Daher konnte sich die Sowjetregierung bisher, trotz aller Proteste, von den erwähnten Vorwürfen nicht reuwaschen und wird es kaum je können, solange das geltende System dort besteht. Denn wir und auch wohl die Amerikaner wissen, daß die „Entkulturfierung“ sich nicht mit der gewaltsamen Enteignung von Bauern begnügt, sondern massenweise Verschickungen in die Wälder Nordrußlands und Sibiriens zur Abholzung vorgenommen hat. Wir wissen das auch aus den Briefen deutscher Wolgatonisten, die zu einem großen Teil daselbst den Schicksal erlitten haben.

Die Bewegung greift neuerdings auch auf England hinüber. Dort hat sich eine „Liga zur Bekämpfung der russischen Sklavenarbeit“ gebildet. Es sind, über das rein ökonomische hinaus, allgemein-menschliche Motive, die die aufrührerische Öffentlichkeit heute derart erregen. Diese Tatsache bildet nur eine Parallele zu dem fast einstimmigen Ergebnis aller Beobachter des heutigen Rußland: daß nämlich der „Fünfjahresplan“ für die Masse des russischen Volkes eine Anspannung seiner Duldskraft bis zur physischen Erschöpfung bei gleichzeitigem Mangel einer auch nur entfernt gleichwertigen Entlohnung bedeutet.

Schusterie-Politik.

Kleine Intrigen kleiner Männer.

Das Schreiben des Reichspräsidenten an den deutschnationalen Abgeordneten Wege, die Deutschnationalen möchten zur sachlichen Arbeit in den Reichstag zurückkehren, hat Herrn Hugenberg Veranlassung gegeben, sich zur augenblicklichen politischen Lage zu äußern. In einem Aufsatz bezeichnet er die angeforderten landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen als „Bestechungsgelder zwecks Aufrechterhaltung der preussischen Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie“. Das Ziel der Deutschnationalen sei die Rechtsregierung in Preußen und im Reich. Die nationale Opposition sei auf dem richtigen Wege zur Erreichung dieses Zieles. „Wir haben den Hebel am richtigen Punkte angefaßt. Setzt nur nichts los.“

Lehnt so Hugenberg die Mitarbeit der Deutschnationalen bei den landwirtschaftlichen Maßnahmen ab, so tut das gleiche der deutsch-nationale Abgeordnete Schmidt-Hannover bezüglich des Wehrrechts. Auf einer deutschnationalen Kundgebung erklärte er:

Der Wehrhaushalt ist die nächste Kippe für die Wehrheit. Das Fernbleiben der Rechten gefährdet nicht den Bestand der Reichswehr, sondern nur den Bestand der Koalition von Reichswehr und Wehrpartei. Schluß der Sozialdemokratie leuchtend den Wehrpartei, so verschärft sich die inneren Gegensätze dieser Partei. Bricht sie, mehrschichtig, aus der Kampfkraft aus, so muß der Weg der Rotenordnung oder der Kabinettstrife beschritten werden. Jede dieser Lösungen muß schließlich der Rechten dienen und zugleich der Wehrmacht nützen.

Beide Äußerungen zeigen den Kurs, den Herr Hugenberg zu steuern gedenkt. Er widersteht sich mit allen Kräften der Rückkehr in den Reichstag. Er hat die Hoffnung, daß auf diesem Wege die politischen Schwierigkeiten vergrößert und die Regierung dennoch gestürzt werden kann.

In der sozialistischen Arbeiterkammer dürfte nur eine Meinung bestehen, daß dieses neue Manöver von Hugenberg unter allen Umständen durchkreuzt werden muß. Hugenbergs Ziel ist die Wiedererschlagung der Arbeiterklasse, der Abbau der sozialen Leistungen, die Verminderung des Lohnes. Das soll erreicht werden mit Hilfe einer Regierung, in der die Nationalsozialisten ausschlaggebend vertreten sind.

Über auch die Regierung sollte aus diesen neuesten Drohungen Hugenbergs die Erkenntnis ziehen, daß der Bogen nicht überspannt werden kann. Die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung müssen gewahrt bleiben, wenn es gelingen soll, Demokratie und Verfassung zu sichern und damit den Wiederaufstieg Deutschlands vorzubereiten.

Inkonsequenz der Schwänzer.

Die Diätenanträge im Vorkommrat.

Der Vorkommrat des Reichstags hielt gestern vor der Plenarversammlung eine Sitzung ab, an der auch der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion Dr. Oberfahren teilnahm. Der Vorkommrat beschäftigte sich u. a. mit dem Ersuchen des Abg. Stöhr, die Diätenanträge der Nationalsozialistischen Partei im Plenum in Abwesenheit dieser Partei zu verhandeln und dabei die 107 nationalsozialistischen Stimmen trotz ihrer Abwesenheit als für die Diätenanträge abzugeben anzusehen und mitzuzählen. Der Vorkommrat schloß sich der Meinung des Reichstagspräsidenten an, daß die Mitzählung abwesender Stimmen nicht möglich sei und daß die Antragsteller selber dafür sorgen müßten, daß ihre Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden. Es wurde darauf hingewiesen, daß die jetzige Regelung der Diäten im Plenum des Reichstags ohne jeden Widerspruch, auch der Nationalsozialisten, beschlossen sei.

Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Nationalsozialisten, als sie ihren Austritt aus den Verhandlungen erklärten, versichert hätten, daß sie kein Gesetz, das dieser Reichstag annehme für rechtsverbindlich halten würden, und es wurde eigentümlich angesehen, daß die Nationalsozialisten das Verlangen stellten, daß der Reichstag von ihnen beantragte Gesetze annehmen sollte, die sie selber nicht als rechtsverbindlich betrachteten!

Die kommende Reichspräsidentenwahl wirft ihren Schatten voraus. Herr Mahraun hat in einer Rede von einem Volksbegehren auf Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auf Lebenszeit gesprochen. Reichsanwalt Hermann Martin in Leipzig schlägt in einer Broschüre „Deutschland erwache“ vor, die Amtszeit Hindenburgs schon jetzt durch ein die Verfassung änderndes Reichsgesetz zur Vermeidung politischer Unruhen um drei Jahre zu verlängern.

Peruanische Zensurperre läßt keine Nachrichten heraus, doch soll der gesamte Süden aufständisch sein. Eine aufständische Garnison beherrscht mit Hilfe der meutenden Kriegsschiffe den Seehafen Mollendo. Die übrigen Garnisonen im Süden sind anscheinend regierungstreu geblieben.

Der argentinische Generalkonsul Oghanarte in Hamburg ist plötzlich heimgerufen worden. Schwere Betrügereien werden ihm nachgesagt.

Zölle und Export.

Beginn der Landwirtschaftsdebatte.

Im Reichstag verlangte am Beginn der gestrigen Montagsitzung Abg. Saffler (Komm.) sofortige Beratung eines Antrags auf 3 Millionen Mark Reichshilfe für die Hinterbliebenen und Angehörigen der Opfer des jüngsten Bergwerksunglücks auf der Zeche Schweiher Reserve bei Aachen, sofortige Verhaftung der Zecheleitung usw.

Präsident Cöbe: Sofortige Verhandlung ist nur möglich, wenn niemand widerspricht; unter der gleichen Bedingung können wir den Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuss überweisen und ich würde vorschlagen, das ohne Debatte zu tun.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Nach der neuen Geschäftsordnung bedarf der Antrag, da er Mehrkosten fordert, eines Deduktionsvorschlags. (Ärmernde Gegenrufe der Komm.) Der Antrag müßte daher an den Haushaltsausschuss gehen.

Präsident Cöbe stellt das Einverständnis des Hauses mit der Ueberweisung an diese beiden Ausschüsse fest.

Abg. Stoeker (Komm.) beantragt nun, den Gesetzentwurf seiner Partei über Sonderbesteuerung der großen Einkommen und Vermögen sowie der Lantienen sofort ohne Debatte zu erledigen. Dem Vorschlag des Abg. Essler (Z.) auf Ueberweisung an den Haushaltsausschuss erwidern die Kommunisten, dieser Vorschlag sei bereits im Ausschuss durchgesprochen worden. Nunmehr scheitert das Verlangen Stoekers am Widerspruch von rechts.

Einige kleinere Vorlagen werden ohne Debatte erledigt. Ein Zusatzhandelsabkommen mit Frankreich veranlaßt den Abg. Hörsing (Komm.) zu der Behauptung, in diesem Abkommen seien einige deutsche Agrarzölle erhöht und die Regierung verhalte sich über einen neuen Zollwuchererzug. Die ganze Zollpolitik der europäischen Staaten sei ein Teil des Kapitalistenkrieges gegen die billige Ausfuhr Sowjetrußlands, die man als Dumping verurteile.

Abg. Toni Sender (Soz.):

Wir bedauern, daß dieses Zusatzabkommen notwendig geworden ist und wir bedauern, die Verschlechterung der Handelsbeziehungen mit Frankreich, die ihren Grund in dem Handelsvertrag hat. Wenn die Regierung schon Zugeständnisse an Frankreich machen mußte, so hätte sie eine Verminderung der Einfuhrzölle auf deutsche Industriewaren in Frankreich anstreben und erreichen sollen. Das wäre nützlicher gewesen, als die jetzt vereinbarten Zollerhöhungen. Gegenüber dem Redner stelle ich fest:

Hätte man auf die Zustimmung der Kommunisten warten müssen, dann wären die Handelsverträge in der ganzen Vergangenheit nicht zustande gekommen;

mit Ausnahme des Handelsvertrags mit Rußland haben die Kommunisten jeden Handelsvertrag und jedes Handelsabkommen abgelehnt. (Andauernde störende Juruse der Komm.) Die Kommunisten haben kein Interesse daran, daß in Genf die verschiedenen Staaten über eine Verbesserung ihrer handelspolitischen Beziehungen beraten. Nur durch Handelsverträge können gegenseitige Zollherabsetzungen geschaffen werden. Wenn Sie (zu den Komm.) das nicht gelten lassen, so beweisen Sie nur, daß Sie gar nicht begriffen haben, um was es sich handelt. (Lärm der Komm.) Ihr Geschrei beweist nur, daß Sie sich auf dem Boden, den Sie seit Jahren beschriften haben, nicht sicher fühlen. (Sehr gut!) Wenn wir auf Sie gemartet hätten,

wenn das deutsche Proletariat auf Ihre Stimmen zum Abschluß von Handelsverträgen angewiesen gewesen wäre, dann würden von den 3 Millionen deutscher Arbeiter, die heute noch für den deutschen Export arbeiten können,

die meisten auch noch mit den anderen 5 Millionen deutscher Arbeiter erwerbslos auf der Straße liegen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Regierung fordern wir auf, daß Genfer Zollfriedensabkommen alsbald dem Reichstag vorzulegen und nachdrücklich für seine Ratifizierung einzutreten, damit künftigen Zollserhöhungen vorgebeut wird. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Abg. Schneider-Dresden (D. Sp.) befürchtet von dem Abkommen eine Schädigung der Chemiever Textilindustrie und eine daraus folgende Minderbeschäftigung ihrer Arbeiter.

Abg. Dr. Horlacher (Wap. Sp.) begrüßt die in dem Zusatzabkommen enthaltene Erleichterung für den deutschen Hopfenbau. Nach weiterer kurzer Debatte wird das Zusatzabkommen dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung, der u. a. die selbstversicherten Redakteure von der Versicherungspflicht befreit, wird nach einer Kommunistenrede dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Hierauf wird die Haushaltsberatung fortgesetzt, und zwar beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. Schmidt-Röpenia (Soz.)

spricht als Berichterstatter über die Ausschussverhandlungen. Er zeigt u. a., wie manches Geld, das die Reichsregierung zu billigem Zinsfuß an die Landwirtschaft abgibt, bis zu 14 Proz. kostet, wenn es endlich an den letzten Empfänger kommt. Die Konsumgenossenschaften bemühen sich mehr und mehr, deutsche Butter zu verkaufen; es ist ihnen gelungen, den Anteil der deutschen Butter an ihrem gesamten Butterumlauf von 8 Proz. auf 14 Proz. im Jahre 1930 zu steigern. — Der Ankauf von Weizen hat zugenommen, der Roggenanbau dagegen abgenommen. — Die reichseigene Deutsche Landkultur A. G. kaufte zur Herstellung von Motoren eine deutsche Automobilfabrik. Ein Dr. Kann, der 60 000 Mark Aktien dieser Fabrik besaß, versuchte, es dem Reich für 100 000 Mark anzubieten. Es wurde ihm die Türe gewiesen. Im Ausschuss ist darüber geflagt worden, daß

ein „nationalsozialistischer“ Abgeordneter und Rittergutsbesitzer in einem Schloß wohnt, während seine Landarbeiter entsetzliche Elendwohnungen hatten; ein Nationalsozialist habe dies zugestanden, jedoch im Auftrage seines Parteigenossen Rittergutsbesitzers erklärt, die betreffenden Landarbeiter wollten durchaus aus diesen Wohnungen nicht ausziehen!

Danach schlägt Präsident Cöbe bereits gegen 16½ Uhr die Beratung vor, da das Kabinett noch über Landwirtschaftsfragen berate. (Heiterkeit.)

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die Tagesordnung für die nächste Sitzung am heutigen Dienstag, 15 Uhr, folgendermaßen festgelegt: Kleine Vorlagen, Abstimmung zum Haushalt der Kriegskosten und der Versorgung, kommunistischer „Millionensteuerantrag“, Haushalt des Ernährungsministeriums samt Ausschussbericht über verbilligten Fischfleischbezug.

Das Grubenunglück von Aachen.

Besprechung der sozialdemokratischen Anfrage im Landtag.

Im weiteren Verlauf der Landtagsitzung, über deren Beginn wir bereits im „Wend“ berichteten, führte zum Etat der Bergverwaltung Abg. Dierckx (Soz.) als Berichterstatter aus, daß dieser Etat 1931 16 Millionen Mark Zuschuß erfordert. Die Grubenkatastrophen des letzten Jahres und insbesondere das letzte Unglück im Aachener Revier beweisen, daß am Grubensicherheitsamt nicht gespart werden dürfe. Er fordert den Ausbau des berg- und hüttenmännischen Instituts in Clausthal, der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern dringend gewünscht wird. Das Siegerländer Ergänzungsamt dürfe aus nationalwirtschaftlichen Gründen nicht zum Bruchliegen beurteilt werden. Die Pensionskasse der Knappschaftsversicherung müsse ohne Reichshilfe zusammenbrechen. Ein Abbau der Leistungen sei undenkbar, da die Bergarbeiter Opfer der Wirtschaft sind. Er fordert weiter auch eine Verbesserung für Grubensicherungsbeamte und regt eine internationale Verständigung für die Regelung des Kohlenabfahes an.

Angehts des spekulativen Treibens in- und ausländischer Kreise in der Steinkohleindustrie fordert er die Unterstellung derselben unter das Bergbaugesetz. Zum Schluß weist er die kommunistischen Angriffe gegen das Grubensicherheitsamt mit dem Hinweis zurück, daß in der Frage der Bekämpfung der Grubenkatastrophe Deutschland an erster Stelle stehe. In Rußland sei z. B. die Zahl der Bergbauernunfällen doppelt so hoch wie in Deutschland.

Handelsminister Dr. Schreiber

setzt sich zunächst mit den Bemerkungen des Abg. Sobotta auseinander, der in der Geschäftsordnungsdebatte gegen ihn den Vorwurf erhoben hatte, daß er sich um kommunistische Beschwerden über die Zustände auf der Schweiher Grube nicht gekümmert habe. Ihm sei von solchen Beschwerden nichts bekannt. Er habe aber festgestellt, daß auf der Unglücksgrube zwei Kommunisten Sprengstoffdiebstähle verübt haben und dafür bestraft worden sind. (Große Unruhe bei den Komm.)

Der Minister bezog sich auf seine schon abgegebene Erklärung und fügte hinzu, daß nach den bisherigen Ermittlungen die Wetterführung in Ordnung gewesen sei. Das auf der Grube Arbeiter entlassen sind, weil sie sich über mangelnde Sicherheitsmaßnahmen beklagen haben, sei unrichtig. Im übrigen habe seine Erklärung die Antwort auf die sozialdemokratische Anfrage schon vorweg genommen. Die Staatsregierung werde die Ursache der Katastrophe gründlich untersuchen und auch selbstverständlich für die Betroffenen und Hinterbliebenen alles tun, um ihr schweres Los zu erleichtern.

Das Jahr 1930 habe dem Bergbau schwere Rückschläge gebracht. Die Hoffnung, daß die Zeit der großen Grubenkatastrophen vorbei sei, habe getäuscht.

Diese großen Katastrophen hätten die Bergverwaltung vor neue Probleme gestellt. Man sei sich darüber klar, daß das Gesteinstaubverfahren weiter eingeführt werden müsse und daß die wissenschaftliche Forschung sich mit den Ursachen der Gasausbrüche beschäftigen muß. Trotzdem — und erfreulicherweise — sei die Zahl im Bergbau Verunglückten zurückgegangen. 1927 waren noch auf je 1000 Bergarbeiter 229 Unfälle zu verzeichnen. Bis 1929 konnte diese Ziffer auf 214 zurückgedrängt werden. Am Steinkohlenbergbau waren auf 1000 Mann 1929 noch 234 Unfälle zu verzeichnen, 1930 dagegen nur 216.

Die Entlastung zur Weltwirtschaftskrise hat sich auch auf die Kohlenförderung mengenmäßig ungünstig ausgewirkt. Die Förderung an Steinkohle ist von 159 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 139 Millionen Tonnen 1930 zurückgegangen. Die Förderung von Braunkohle fiel von 148 Millionen Tonnen 1929 auf 123 Millionen im Jahre 1930. 10 Millionen Tonnen Kohle

lagern zurzeit auf Halde. Der Abfahrtdamm hat zu zahlreichen Entlohnungen geführt. Ganz allgemein wird die soziale Lage charakterisiert durch die große Zahl von Pterierfällen.

Eine weitere Arbeitsfrage könne aber kaum noch in Frage kommen.

Der Kohlenaußenhandel leide naturgemäß unter der Weltkrise. Es sei unerreulich, daß noch immer 6,9 Millionen Tonnen Kohle vom Ausland eingeführt werden. Das nationale Selbstbewußtsein der Industrie sollte das verhindern.

Eine internationale Verständigung über den Kohlenabfah sei notwendig. Dabei könne aber nicht allein über das soziale Problem der Arbeitszeitverkürzung gesprochen werden.

Der Minister äußerte sich sodann noch über die Lage des Bergbaues in Niederschlesien. Angehts der Gasgefahr auf der Wengelsaus-Grube in Neurode, die schon so viele Opfer gefordert hat, sei vor einer Wiederbetriebnahme dieses Unternehmens zu warnen. Gewisse Einschränkungen seien in dieser Hinsicht zur Aufrechterhaltung des Gesamtbergbaues in Schlesien notwendig. Die Staatsregierung werde nichts unversucht lassen, um die katastrophale Lage dieses Gebietes, namentlich des Kreises Landskron, zu bessern.

Auch der Metallbergbau sei durch das Absinken der Metallpreise in große Schwierigkeiten gekommen. Hier stehe die Staatsregierung auf dem Standpunkt, daß mit Subventionen geholfen werden müsse, weil beim Erliegen dieser Industrie dem Staat sicher größere Kosten auferlegt werden. Die Erddruckproduktion zeige eine erfreuliche Steigerung. Es habe sich als zweckmäßig herausgestellt, daß sich auch der Staat daran beteilige.

Der Minister schloß in der Erwartung, daß die Krise am äußersten Punkt angelangt sei und daß sich in der Wirtschaft in diesem Jahre hoffentlich ein Fortschritt bemerkbar mache.

Abg. Jakobs-Bladde (Soz.):

Wir sprechen den Opfern der neuen Bergwerkskatastrophe und den Hinterbliebenen der 32 getöteten Bergleute unsere warmste Anteilnahme aus und fügen hinzu, daß wir, soweit unsere Kräfte reichen, ihren ihr hartes Los erleichtern werden. Wie neigen aber zu der Ansicht, daß im Gegensatz zu den hier aufgestellten Behauptungen auf der Grube Schweiher-Reserve nicht alles in Ordnung gewesen sein kann. Deshalb fragen wir: Sind schlagende Wetter festgestellt? Wenn nicht, wie konnte sich dann die Explosion ereignen?

Wir haben leider festgestellt müssen, daß in den einzelnen Bergrevieren eine ordnungsmäßige Kontrolle nicht stattfinden kann, weil die Kontrolleure oft genug mit anderen Arbeiten beschäftigt werden. (Sehr, hört! bei den Soz.)

Oft genug haben wir auch auf das rückwärtsste Antriebsystem hinweisen müssen, das besonders bei dem Schwächeren Unternehmen üblich ist. Dieses höchst gefährliche System ist schon von uns anlässlich des Wilsdorfer Grubenunglücks kritisiert worden. Die Toten dieser Katastrophe haben die Schweiher Verwaltung also nach immer nicht veranlaßt, hier Abhilfe zu schaffen. Im Ruhrgebiet herrschen dieselben Zustände.

Geht es mit dem Antriebsystem so weiter, muß es auch dort unvermeidlich zu Katastrophen kommen.

Dieses Antriebsystem bedeutet die Herabwürdigung des Bergmannes vom Menschen zur Maschine. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Dabei hat man im Ruhrgebiet in den letzten Jahren über 90 000 Bergarbeiter abgebaut. Eine Reihe von Anlagen ist gänzlich stillgelegt. Das alles steht in schreiendem Widerspruch zu der Tatsache, daß man aus dem Osten 20 000 junge unerfahrene Menschen herangeholt hat, die an die Stelle der alten, erfahrenen Bergleute getreten sind, und die damit die Grubensicherheit ge-

föhren. Bergarbeiter werden mit 45 Jahren abgebaut und können damit kaum in den Genuss der Knappschaffsrente kommen. Diese Tatsache, sowie die fortschreitende Technisierung und das rücksichtslose Ausbeuten der Kräfte sind die Faktoren, die die Opfer der Grubenkatastrophen auf dem Gewissen haben. Die Nationalisierung hat zum Teil eine Leistungssteigerung auf den Kopf des Bergarbeiters bis auf das Doppelte seit 1913 gebracht. Hierin liegt der Grund für die im Ruhrgebiet

noch nie dagewesene Stilllegungs- und Entlassungssepidemie, besonders bei den „Bereinigten Stahlwerken“. Angesichts der Tatsache, daß Arbeiter im Ruhrgebiet 22 bis 25 M. pro Woche verdienen, müssen wir uns das Eingreifen des Duisburger Oberbürgermeisters Jares in Tariffragen ganz entschieden verbitten.

Wir warnen den Minister bei seinen Entscheidungen nur nach dem Rechenstift des Unternehmers zu sehen. Er muß sich fragen: Was wird aus den Menschen? 1924 waren noch über eine Million Bergarbeiter beschäftigt. Jetzt sind es nur noch 600 000. Diese Entwicklung ist katastrophal. (Sehr wahr! bei den Sozial.) Der Bergarbeiter ist die Grundlage der Wirtschaft überhaupt. Er muß für sein Alter gesichert werden. Das wird nicht mehr der Fall sein, wenn die Knappschaffsversicherung weiter in Schwierigkeiten bleibt. Ein Abbau der Leistungen kann bei dieser Sachlage überhaupt nicht in Frage kommen. Es ist unbedingt notwendig, daß eine Sanierung durch das Reich, und zwar auf lange Sicht erfolgt.

Der Redner legt sich dann unter Voraussetzung auf die Mitteilung des Ministers, daß noch immer 6,9 Millionen Tonnen Kohle eingeführt werden, mit dem Kohlenyndikat auseinander, daß u. a. die Stadt Magdeburg unter Berufung auf vertragliche Bestimmungen gezwungen hat, englische Kohle zu kaufen. Er kritisiert sehr scharf das Verhalten der Kommunisten und rechnet dann mit den Nationalsozialisten ab, die mit demagogischen Mitteln Arbeiterstimmen fangen wollen, andererseits aber die Interessen der Bergberren vertreten. Er schließt:

Ungeachtet dieser Schlingel des Grubenkapitals von rechts und links werden wir mit den Bergarbeitern kämpfen um ihre Menschenrechte und rufen ihnen zu: Stüd auf! (Verhörter Beifall bei den Sozial.)

Abg. Dr. v. Waldthausen (Dnat.) gedenkt der verunglückten Bergleute und bemängelt dann die zu sparsame Aufstellung des Etats. Durch Steuerlässe und sozialpolitische Belastungen sei der Bergbau auf den Hund gekommen. Eine Verständigung über den Bergbau mit anderen Ländern sei zu wünschen, doch werde sich eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht durchführen lassen. Er warnt vor „politischen Wöhnen“.

Abg. Steger (Z.) bringt ebenfalls das Beleid seiner Fraktion zu dem letzten Ungefall zum Ausdruck. Er fordert vorbeugende Schutzmaßnahmen und erörtert die schwierige Lage der Knappschaffsrente, die durch das Reich gestützt werden müsse. Trotz des Widerstandes der Unternehmer müsse ein Ausschuh eingesetzt werden, der die Rentabilität der Betriebe nachprüfe. Eine internationale Verständigung über Kohlenpreis, Arbeitszeit und Absatzgebiete sei unumgänglich. Die Lohnabbauprohile sei nicht länger zu tragen.

Abg. Sobotta (Komm.) weist die Angriffe auf die Zustände im russischen Bergbau zurück. Die kommunistische Presse habe wiederholt auf die Zustände auf der Grube Eschweiler-Reserve hingewiesen. Arbeiter, die sich geweigert haben, einzufahren, seien entlassen worden.

Ministerialrat Rother weist als Leiter des Grubenversicherungsamtes unter großen Lärm der Kommunisten Angriffe derselben auf diese Behörde zurück.

Abg. Wigand (D. Volksp.) wünscht Verständigung zwischen den Kohlenproduzierenden Staaten, insbesondere mit England. Hierauf wird die Beizberatung auf Dienstag, 12 Uhr, verlagert. Die Präsident Bartels mitteilte, hat Abg. Deckerberg (Dnat.) sein Mandat niedergelegt. Ebenfalls hat sein Mandat niedergelegt Abg. Kaasch (Komm.). Für den letzteren tritt der frühere Abg. Stoll wieder in den Bundtag ein.

Capelle gestorben.

Ein Staatssekretär des U-Boot-Kriegs.

In Wiesbaden starb gestern Admiral von Capelle, der ehemalige Staatssekretär des Reichsmarineministeriums.

Capelle, geboren am 1. Juli 1855, seit 1891 im Reichsmarineministerium und wurde dort erster Mitarbeiter des Staatssekretärs von Tirpitz, für den er namentlich im Reichstag die verschiedenen Rämpfe um die Flottenverlagen durchkämpfte. Tirpitz hielt auf die Parolomdiplomatie seines Direktors und späteren Unterstaatssekretärs große Stücke, obwohl bei der Bewilligungsfreudigkeit des alten Reichstags die Arbeit gar nicht so schwer war. So malte einmal der „Simplicissimus“ Herrn von Capelle ab, wie er, aus dem Reichstag kommend, zu seinen Offizieren sagt: „Hier Panzerschiffe haben wir gebraucht, sechs haben wir verlangt — fünf haben uns die Esel bewilligt! Was tun wir nun mit dem fünften?“

Im Kriege mußte zunächst Capelle aus Gesundheitsgründen aus dem Amte scheiden. Aber als Tirpitz wegen der U-Boot-Frage im März 1916 zurückgetreten war, wurde Capelle sein Nachfolger. Unter der Regierung Michaelis unternahm er dann in der Reichstagsitzung am 9. Oktober 1917 eine leistungsfähige Attacke gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Seinen gänzlich undokumentierten Beschuldigungen traten nicht nur Haase und Dittmann entgegen, sondern, vielleicht mit noch stärkerer Wirkung, auch Ebert und David. Ebert sprach bei jener Gelegenheit die Worte: „Jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden.“

Capelle reichte nach diesen Vorgängen seine Entlassung ein. Sie wurde nicht genehmigt. Noch war es nicht so weit, daß ein Minister und noch dazu ein Admiral parlamentarisch gestürzt werden konnte. Michaelis freilich mußte bald darauf verschwinden, Capelle aber konnte bleiben, bis im Herbst 1918 allen offenbar wurde, daß der auch von ihm vertretene U-Boot-Krieg keine entscheidende Erfolge zur See, dafür aber auch durch Eingreifen Amerikas das erdrückende Übergewicht der Entente zu Lande herbeigeführt hatte. Seit seinem Sturz am 7. Oktober 1918 lebte er als kranker Mann in verschiedenen Kurorten, bis er gestern einem Herzschlag erlag.

Agrarberatung abgeschlossen.

Schiele wird die Kabinettsbeschlüsse vertreten.

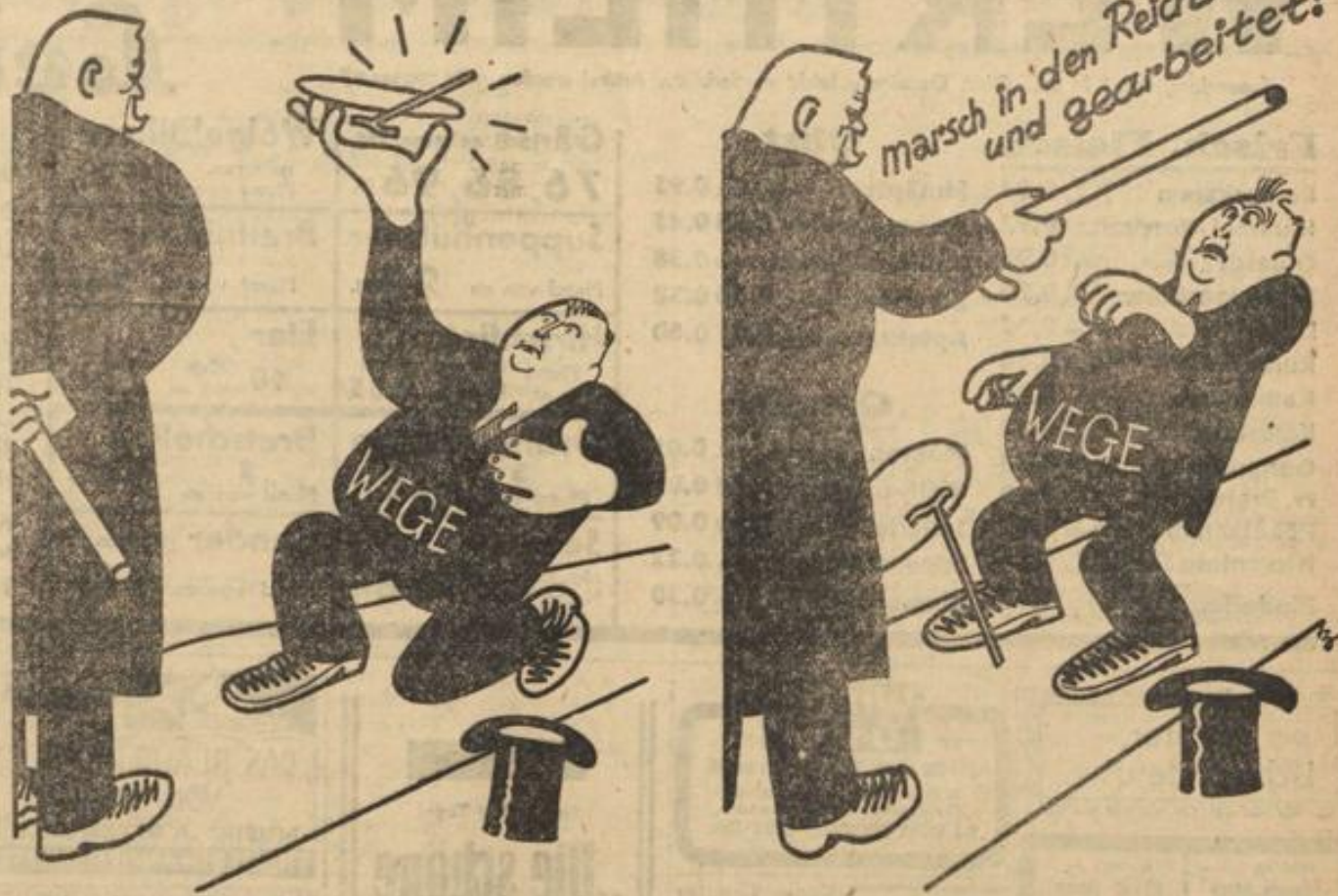
Das Reichskabinett schloß am Montagabend unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seine agrar- und wirtschaftspolitischen Erörterungen ab.

Die gefaßten Beschlüsse wird Reichsminister Dr. Schiele in seiner Rede zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vertreten.

Die Verhandlungen des Reichskabinetts über das Agrarprogramm des Ministers Schiele sind gestern nach dreitägiger Dauer zu Ende gegangen. Die lange Dauer der Beratung zeigt, wie schwierig es gewesen ist, zu einer Einigung zu kommen. Wenn nun Herr Schiele heute nachmittag sein Programm in der Fassung, in der es vom Kabinett genehmigt worden ist, vortragen wird, so wird es voraussichtlich ungefähr folgendermaßen aussehen:

Die schon bestehenden Zollermäßigungen sollen um zwei Monate, bis zum 31. Mai, verlängert werden. Ferner soll das Kabinett eine neue Ermächtigung erhalten, den Butterzoll zu erhöhen. Mit Italien soll über die Zölle auf Südfrüchte verhandelt werden, die in dem Handelsvertrag mit diesem Lande

Die große Abfuhr.



„Hier ist der Knickstock von Fridericus Rex. Bitte untertänigst damit alles, was nicht deutschnational ist, aus dem Tempel zu hauen!“

„Am Gotteswillen! Der Alte hat selbst 'n Knickstock!“

gebunden sind. Die Zölle auf Hülsenfrüchte, besonders auf Erbsen, sollen erhöht werden.

Ferner dürfte der Ernährungsminister einen Bescheid zur Nationalisierung des Genossenschaftswesens anhängen, an dem der Reichsarbeitsminister Stegerwald stark mitgewirkt haben soll.

Daß die Pläne des Herrn Schiele nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern auch bei den Industrievertretern der bürgerlichen Mitte auf sehr starke Bedenken stoßen, ist bekannt.

Holland warnt Deutschland.

Duisberg gegen Schiele-Kurs.

Bei der Feier des 25jährigen Bestehens der Niederländischen Handelskammer in Köln sagte der holländische Botschafter in Berlin, daß es die holländischen Wirtschaftskreise mit Unruhe erfüllte, wenn man sehe, daß auf künftige Beschränkung der holländischen Agrareinfuhr nach Deutschland gedungen werde. Er wünschte, daß die Spannungen, die in früheren Zeiten die Beziehungen zwischen beiden Ländern getrübt haben, nicht wieder auftreten.

Seniorenell wirkte eine Erklärung Duisbergs, des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, zur Schiele'schen Zollerrhöhungspolitik. Die Freundschaft zwischen der Industrie und der Landwirtschaft müsse ein Ende nehmen und, so sagte Duisberg, sich in Feindschaft verwandeln, wenn die deutsche Landwirtschaft den bisher eingeschlagenen Weg weiter verfolgen werde.

Blutige Krawalle in Zittau.

Nazi und Kommunisten im Kampf.

Zittau, 23. Februar.

Bei einem Fackelzug, den die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei heute abend durch die Hauptstraßen der Stadt veranstaltete, kam es zu schweren Ausschreitungen. Als der Zug auf der Bauhener Straße anlangte, wurde er von Kommunisten angegriffen.

Ein Nationalsozialist wurde hierbei schwer verletzt, während zwei weitere Personen leichte Verletzungen erlitten. Gleich darauf fielen in der Frauenstraße mehrere Schüsse, durch die ein unbeteiligter Mann tödlich verletzt wurde und ein weiterer einen leichten Rückenstich erlitt. An dem herbeigerufenen Polizeiauto wurde durch einen Schuß eine Scheibe zertrümmert. Während der anschließenden Kundgebung in dem Gasthaus „Drei Kronen“ kam es wiederum zu Zusammenstößen, bei denen ein Gendarm schwer und ein städtischer Schutzmann leicht verletzt wurden.

Demonstrationsverbot für Mittwoch.

Keine Demonstrationsfreiheit für die RÖD.

Der Polizeipräsident hat an die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition in Berlin-Brandenburg folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf das Schreiben vom 20. Februar 1931, in dem Sie für Mittwoch, den 25. Februar 1931 die Aufhebung des Demonstrationsverbotes beantragen, für die in dem Antrag näher angegebenen Straßen Musikkonzerte nachsuchen und die „Zurückziehung der Polizei von den Straßen und vom Lustgarten fordern“, erwidere ich Ihnen: Die in den letzten Tagen vorgekommenen Plünderungen und Gewalttätigkeiten sowie die weitergehenden erkennbar gewordenen Absichten lassen mit aller Deutlich-

Volksbühne.

Stolot: „Gesellschaft der Menschenrechte“.

Ein balladisches Drama mit Georg Büchner als Helden. Revolutionstimmung, Bosheit der regierenden Justiz, Epikurismus, Romantik und Verbe. Zusammenhänge mit der Gegenwart, die gezeigt und beifällig begrüßt werden. Das sehr literarische Stück hatte einen Erfolg, der auf die Rechnung der vorzüglichen Darsteller und der erfahrenen Kenner der Büchner-Tragödie zu setzen ist. M. H.

keit ersehen, daß die von Ihnen für den 25. Februar geplanten und vorbereiteten Versammlungen unter freiem Himmel die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährden. Ich lehne daher nicht nur Ihre Anträge ab, sondern darüber hinaus verbiete ich aus dem gleichen Grunde gemäß Artikel 123 der Reichsverfassung für den 25. Februar 1931 auch für den Lustgarten, die Treptower Spielwiese, den Humboldthain und die Jungfernhöhe alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel.

Das am 10. Dezember 1930 erlassene Demonstrationsverbot gilt demnach am 25. Februar dieses Jahres ausnahmslos für ganz Groß-Berlin.

Ein Tendenzurteil.

Ein sozialdemokratischer Redakteur zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Zwickau, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Ein Tendenzurteil hat das Schöffengericht in Zwickau gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sächsischen Volksblatt“ Walter Victor gefällt. Nachdem Victor in der ersten Instanz von der Anklage der Gotteslästerung freigesprochen worden war und das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Beratung an das Zwickauer Gericht zurückverwiesen hatte, ging das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts, der zwei Monate Gefängnis oder eine Geldstrafe beantragt hatte, hinaus und verurteilte Victor zu vier Monaten Gefängnis.

Der Anklage liegt der Tatbestand zugrunde, daß im Witzblattteil des „Sächsischen Volksblatt“ eine Satire von Paul Körner veröffentlicht war, die davon handelt, daß ein sterbender, langjähriger Zuchthäuser Anstaltspfarrer und Gefängnisgeistlicher neben sich Blag nehmen läßt und zu ihnen sagt: „Unser Jesus starb ja auch zwischen zwei Halunken.“ Während die Verteidigung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Rosenfeld darauf verwies, daß es sich um eine Satire gegen den Strafvollzug handle, erblühte das Gericht eine Gotteslästerung in der Tatsache, daß der Zuchthäuser mit Jesus Christus verglichen worden sei. Die Urteilsbegründung nannte die Veröffentlichung der Satire eine „abgefelmte Tat zur Zerfetzung unseres Volkstums“ und kennzeichnete damit selbst den Tendenzcharakter des Urteils. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Nach Italien verduftet.

Mörderhelfer Maltig verschwindet.

Jansbrud, 23. Februar. (Eigenbericht.)

Die Jansbruder Polizei hat den Hauptmann von Maltig ausgewiesen. Er ist noch am Sonntag nach Bozen abgereist.

Maltig' Korrespondenz beschlagnahmt.

Der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Beckmann hat jetzt größtenteils das durch die Berliner Polizei bei den Hausdurchsuchungen in den Räumen der Berliner nationalsozialistischen Parteiorganisationen beschlagnahmte Material nach Durchsicht der Nationalsozialistischen Partei wieder zurückgegeben. Unter den freigegebenen Sachen befindet sich auch die beschlagnahmte Kartei. Beiliegend die Korrespondenz zwischen der Berliner S.A.-Leitung und dem Hauptmann von Maltig in Jansbrud, die aus neun bis zehn Briefen besteht, ist von Landgerichtsrat Beckmann bei den Untersuchungsakten zurückbehalten worden.

Unfähig des 199. Geburtstages von Washington fand am Montag ein Empfang der Carl-Schurz-Gesellschaft, deren Gründer — Anton Erkelenz die Gäste begrüßte, darunter den amerikanischen Botschafter Sachse, und die Ziele der Vereinigung erklärte. Der durch die Kabinettslösung verhinderte Dr. Curtius ließ seine vorbereitete Rede durch Geheimrat Füller vom Auswärtigen Amt vorlesen, aus der man ermahnt, daß die amerikanische Regierung im Jahre 1932 den 200. Geburtstag Washingtons mit einer besonderen Ehrung seines deutschen und seines französischen Mitarbeiters verbinden wird, des preussischen Generals von Steuben und des französischen Generals La Fayette.

Prozeß um Reichswehrrsättel.

Anklage wegen übler Nachrede. — Wahrheitsbeweis angetreten.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann gestern morgen der Prozeß gegen den Inhaber der Militärreifeffektenfirma Beder u. Co., Friedrich Beder, und den Redakteur des „8-Uhr-Abendblattes“, Zucker. Die Anklage lautet auf üble Nachrede gegen das Reichswehrministerium. Die Verhandlung dürfte einige Tage in Anspruch nehmen. Der Inhalt der inkriminierten Artikel ist seinerzeit unter anderem auch vom sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schöpflin gelegentlich der Beratung des Reichswehretats zur Sprache gebracht worden.

Am „8-Uhr-Abendblatt“ vom 20. Juni 1929 erschien in großer Aufmachung ein Artikel: „Neuer Reichswehrrsattel. 50 000 Kavalleriesättel, Preis 5 Millionen, trotz völliger Unbrauchbarkeit abgenommen! Nach dem Motto: „Sehen wir den Kavalleristen nur in den Sattel, reiten wird er schon können“... Zum Fenster hinausgeworfene Millionen. Ist das dem Herrn Reichswehrminister bekannt?“

Der Artikel befaßte sich mit angeblichen Mängeln im Reichswehrministerium und brachte insbesondere zur Sprache, daß die Heeresverwaltung einen Auftrag auf 50 000 neue Reichswehrrsättel nichtfachkundigen Firmen, darunter auch einer nicht eingetragenen und ungeeigneten Münchener Firma erteilt habe. Die gelieferten Sättel hätten sich als unbrauchbar erwiesen, dem Reich sei auf diese Weise ein Verlust von 5 Millionen Mark entstanden. Der Artikel machte in der Hauptsache den für die Sattelübergabe zuständigen Referenten des Reichswehrministeriums und früheren Tierarzt einer Trainabteilung, der nicht die leiseste praktische Erfahrung habe, für den Verlust verantwortlich. 10 000 Kilogramm dieser unbrauchbaren Sättel seien bereits als Altmaterial weiterverkauft worden. Die Reichswehrkommandeure schrieben empörte Briefe über die Unmöglichkeit der Sättel, ein Teil derselben sei in die Spandauer und in die andere Werkschäfte zur Umarbeitung übergeben worden. In einem weiteren Artikel der genannten Zeitung „Das Reichswehrministerium läßt die Mitteilung über den Millionenstandal unumwiderrufen“ wurde die Anklage noch detaillierter wiederholt und in einem weiteren Artikel mit der Überschrift „Neue Enthüllungen über skandalöse Zustände in der Benderstraße“ wurde die Frage aufgeworfen, ob ein Referent des Reichswehrministeriums, der Aufträge vergibt, Fällen einer Firma besitzend dürfe, welche bei den Aufträgen besonders bevorzugt worden sei.

Das Reichswehrministerium bestritt die Darstellungen der Zeitungsartikel. Es gab allerdings zu, daß sich bei den

neu gelieferten Sätteln gewisse konstruktive Mängel herausgestellt hätten, behauptete aber, daß selbst bei Berücksichtigung dieser Mängel nach deren Beseitigung sich eine Kostenersparnis ergeben hätte. In der gestrigen Verhandlung erklärte sich Redakteur Zucker auf die Anfrage des Vorsitzenden zu einem Vergleich bereit. Der Angeklagte Beder wollte jedoch von einem solchen nichts hören und trat den Wahrheitsbeweis an. Der als erster Zeuge vernommene Oberst Müller bestritt, daß von den Reichswehrkommandeuren wegen der Sättel Klagen eingeleitet wären; richtig sei allerdings, daß der größte Teil der Sättel aus dem Gebrauch zurückgezogen worden sei, jedoch nur aus Sparmaßregeln, damit die alten Sättel zuerst aufgebraucht würden.

Wo kamen die vielen Lederabfälle her?

Der Vorstand der Heereswerkstätten in Spandau Major Guje wußte aber zu bekunden, daß an rund 10 000 Sätteln verschiedene Abänderungen am Oberjoch und an den Polsterungen vorgenommen werden mußten. Die Kosten der größten Reparatur stellten sich auf 35 Mark. Entscheidend war die Aussage des Generalveterinärs Dr. Voigt, gegen den sich hauptsächlich die Vorwürfe der Artikel gerichtet hatten. Er erklärte, daß er als Leiter des Ausschreibungswesens sich an das Modell zu halten hatte, das ihm gegeben worden sei. Zur Bedingung sei ihm gemacht worden, sich nur Firmen zu bedienen, die schon vor dem Kriege in der Branche beschäftigt gewesen und die Aufträge über das Reich zu verteilen. Die Münchener Firma Schröder sei von der Bayerischen Landesauftragsstelle empfohlen, und die Unterlagen dafür, daß diese Firma das Heer vor dem Kriege beliefert habe, seien von der Handelskammer bezeugt worden. Das erstaunlich billige Angebot der Firma habe diese durch ihre neuen Fabrikationsmethoden erklärt. Ein Teil der von dieser Firma gelieferten Sättel sei tatsächlich fehlerhaft gewesen. Schließlich erwähnte man noch von einem weiteren Zeugen, daß die vielen tausend Kilogramm Lederabfälle wenigstens zum Teil von den umgearbeiteten neuen Sätteln herrührten.

Da auch die übrigen Zeugen wenig günstig für den Angeklagten Beder ausfielen, regte der Vorsitzende am Schluß der gestrigen Verhandlung erneut einen Vergleich an. Redakteur Zucker erklärte seinerseits, daß auch er nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und nach der von dem Gewährsmann Beder erfolgten Erklärung die Vorwürfe zurücknehme. Die Parteien wollen sich bis heute dem Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden überlegen.

ganzen nicht mehr als 120; er sei in Not gewesen, seine Frau habe vor der Entbindung gestanden, er habe die Grenzen seines täglichen Bedarfs nicht überschritten. Das Gericht verurteilte jedoch Vater und Sohn zu je zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Die Zahl der Falschmünzer scheint im Wachsen begriffen zu sein; auch hierbei spielt Arbeitslosigkeit und Not nicht die geringste Rolle. Daß es Not gewesen, die Vater und Sohn auch in diesem Falle zur Falschmünzerei gezwungen, mußte selbst das Gericht zugeben. Wegen der Gemeingefährlichkeit ihres Treibens und der Beharrlichkeit ihrer Fabrikations-tätigkeit wurden ihnen mildernde Umstände verweigert.

Magistrat gegen Arbeitsnot.

Jede Nebenbeschäftigung für städtische Beamte verboten.

Zur Unterstützung der Maßnahmen gegen die Arbeitsnot hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, erneut die Verwaltungen auf die Beachtung der schon lange bestehenden Vorschriften über die Nebenbeschäftigung der Beamten hinzuwirken und ihre strengste Durchführung zu fordern. Danach ist es grundsätzlich keinem Beamten gestattet, ohne Genehmigung eine bezahlte Nebenbeschäftigung selbst gelegentlicher Art, anzunehmen, noch viel weniger ein Gewerbe zu betreiben oder in den Vorstand des Verwaltungs- oder Aufsichtsrats einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft einzutreten. Auch zum Gewerbebetrieb der Ehefrau muß die Genehmigung eingeholt werden. Die Verwaltungen sind angewiesen, alle etwa noch bestehenden Genehmigungen sofort zu widerrufen, wenn nicht ganz zwingende Gründe dem entgegenstehen.

Besonders hat der Magistrat nochmals darauf hingewiesen, daß Beamten gegen Entgelt verboten ist, auch wenn es sich um eine Betätigung auf künstlerischem Gebiete handelt. Den Beamten ist aber außerdem dringend nahegelegt worden, auch das Aufsitzen ohne Entgelt, das an sich nicht verboten werden kann, zu unterlassen, um nicht dadurch die Arbeitslosigkeit unter den Berufsmitgliedern noch zu vergrößern. Außerdem wird zunächst für die Dauer von zwei Jahren die Verwaltung sämtlicher städtischer Mietshäuser nicht mehr städtischen Beamten, sondern abgebauten älteren Schriftstempeln kaufmännischen Angestellten übertragen. Alle vorhandenen Verwalter, die städtische Beamte sind, werden abgelöst.

Die weiblichen verheirateten Beamten, auf die nach den gesetzlichen Bestimmungen kein Zwang zum Auscheiden ausgeübt werden kann, hat der Magistrat erneut auf die Möglichkeit des freiwilligen Auscheidens gegen Gewährung einer Abfindungsumme hinweisen lassen, damit ihre Arbeitsplätze für andere Kräfte freigegeben werden können. Die Beachtung des seit Jahren bestehenden Grundgesetzes, daß von Beamten und Festangestellten keine Nebenbeschäftigung gestattet werden darf, ist den Verwaltungen nochmals nachdrücklich zur Pflicht gemacht worden. Für einmalige große Mehrarbeiten (wie Vorarbeiten von Wahlen, Personenstandsverhältnisse u. a.) werden auch künftig Angestellte durch Vermittlung der Arbeitsnachweise vorübergehend eingestellt werden.

Warnung vor unüberlegtem Parzellenkauf.

Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Siedler Grundstücke erwerben, ohne sich vorher Gewißheit darüber zu verschaffen, ob bzw. unter welchen Bedingungen ihnen die Bauerlaubnis erteilt werden kann. Besondere Vorsicht ist beim Erwerb einer Parzelle aus neu aufgeteiltem Gelände geboten. Häufig lassen sich Bauwünsche durch den scheinbar niedrigen Preis des Grundstücks zum Kauf bestimmen, um erst zu spät zu erfahren, daß für das Gelände ein Bebauungsplan überhaupt noch nicht besteht, oder daß im Ankaufselbst recht erhebliche Strafen zu bezahlen sind. Das Vorhandensein eines Bebauungsplanes und Sicherstellung der Kosten für den Straßenbau sind — neben anderen — die wesentlichsten Voraussetzungen für die Bauerlaubnis. Wer ein Baugrundstück erwerben will, ertüchtige sich

Not trieb sie zur Falschmünzerei.

Trotz Zuchthausstrafen neue Herstellungsmethoden.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte lernte man eine Falschmünzergemeinschaft kennen. Auf der Anklagebank saßen der Landschaftsgärtner L. und sein Sohn Karl, auf der Zeugenbank aber die Mutter.

Der Vorsitzende meinte vielleicht nicht zu Unrecht, daß höchstwahrscheinlich auch die Mutter und der Sohn Georg sich an der Herstellung von Fünfmarkstücken beteiligt hätten. Tatsache ist, daß der Landschaftsgärtner mit seinen beiden Söhnen Karl und Georg im Jahre 1929 je zwei Jahre Zuchthaus wegen Fälschung von Zweimarkstücken haben hinnehmen müssen. Karl ließ scheinbar die Zeit hinter Gittern nicht ungenutzt. Er knobelte an neuen Herstellungsmethoden, bastelte im Gedanken an neuen Maschinen, und kaum habe er die Freiheit wieder, da verfertigte er eine neue Riffelmaschine: Seine neuen Fünfmarkstücke waren von den

echten kaum zu unterscheiden. Er brachte sie mit Erfolg an den Mann und hielt sich in seiner Arbeitslosigkeit auf diese Weise über Wasser, bis er eines Tages, am 29. September u. J., von der Zigarrenhändlerin Rosa L. gestellt und der Polizei übergeben wurde. Karl erklärte jetzt, nicht zu wissen, wo er das falsche Fünfmarkstück her habe; die Zentrale zur Bekämpfung des Falschgeldes stellte aber zuerst die Verfertigung von 32 Fünfmarkstücken und später eine solche von 67 Stück der gleichen Fabrikation fest. Als die Zentrale am 16. Januar d. J. endlich bei Karls Vater, dem Landschaftsgärtner, eine Hausdurchsuchung vornahm, fand man sämtliche Fabrikationsutensilien hübsch zusammengebunden am Fahrrad befestigt; der Vater war wohl gerade im Begriff, die Beweisstücke zu befeuchten. Sein Portemonnaie barg aber eine Kupfermünze von der Größe eines Fünfmarkstückes und außerdem ein Fünfmarkstück mit einem eisernen Ring.

In der Verhandlung war Karl bereit, die ganze Schuld auf sich zu nehmen; er habe in Unwissenheit von Vater und Mutter je nach Bedarf vier bis fünf Fünfmarkstücke in der Woche hergestellt, im



Er hockte vor ihr und sah, wie kurz ihr Stengel war unter der Erde, und wie lang darüber, wie weiß und zart unten und wie hart und ungenießbar oben. Da gab sein Hirn einen Gedanken in seine Hände, einen von jener Gedankenart, die ihn mächtig machte über alle anderen Wesen: er wählte einen Pflanzentrieb, der eben die Erde verlassen wollte, er ließ ihn stehen und tat vier, fünf Hände Sand darüber; und dann ging er weg und merkte sich die Stelle und kam wieder nach drei Sonnenaufgängen. Da hatte der Wille zum Licht den Stengel hindurchgetrieben durch den Sandhaufen; da war jenes Stück, das weiß war und zart, dreimal so lang geworden; da brach es der Mensch dicht über der Wurzelkrone und gab wieder Sand darüber und erntete abermals nach drei Sonnenaufgängen, und erntete oftmals; da gab die Bitte des Sandes zwanzigfache Frucht zwischen die lachenden Wulstlippen des schmachenden Menschen.

Ruhig, gemessen weiter Schritten Jahrtausende; aber die Pflanze blieb und wurde feiner und wurde Anbau, und die Freude des Menschen an der Pflanze blieb und wurde feiner und wurde Genuß; und der Wille des Menschen, über seinesgleichen zu herrschen, schied auch hier diejenigen, die anbauen, von denen, die genießen.

Die Stubbenländer zählen zu denen, die anbauen. Vielleicht werden sie reich; sie treten das Erbe eines listigen Ahnen, sie treten die Macht über die Pflanze, sie treten eine Herrschaft an; aber ihre Rücken schmerzen vom Bücken, ihre Lider und Lippen vom wehenden Sand, ihre Herzen von der Armut der Gegenwart: sie gehen unter einen Fluch, sie gehen in eine Sklaverei.

Es ist nötig, Gräben auszuheben, fünfunddreißig Zentimeter breit, vierzig Zentimeter tief; Zwischenräume zu schaffen mit Hügeln, hundertfünfzehn Zentimeter breit; Dünger in die Gräben zu geben, zehn Zentimeter hoch; Erde darüber zu schütten und darein zu mischen, bis zwanzig Zentimeter gefüllt sind; Stauden zu pflanzen mit dreißig Zentimeter

Abstand; sorgsam das alles mit Spaten und Händen, ausgeglichen und eben und glatt. Es ist nötig, bis ins dritte Jahr zu warten, um die halbe, bis ins vierte Jahr, um die volle Frucht zu ernten; es ist nötig, weil die Pflanze anspruchsvoll geworden ist unter der Pflege des Menschen. Denn es ist kein Ding, das man beherrschen könnte, ohne von ihm beherrscht zu werden; kein Ding, das gestaltet würde, ohne zu gestalten.

„Ach bitte, Herr Korn — würden Sie wohl gestatten, daß ich mit aufsteige?“

Das „Brrr!“, mit dem Andreas den Hans zum Halten bringt, klingt unfreundlich. So ganz bereitwillig ist es auch nicht gesagt, denn am Wege steht Herr Schmirer, und Andreas hat was gegen die Juden, seit er die „Sandtulle“ aus jüdischen Händen gekauft hat. Gegen Herrn Schmirer allerdings richtet sich das weniger; an dem schätzt er nur die übertriebene Liebenswürdigkeit daneben. „Man ruff!“ sagte er deshalb mit betonter Grobheit.

„Wenn ich aber störe —“

„Man ruff! — Was haben Sie denn da in der Hand?“

„Eine Hundeleine.“

„Wo ist denn der Hund dazu?“

„Der hat sich wieder versteckt, glaube ich. Er ist so scheu.“ Andreas steigt wortlos ab, befestigt die Leine, an der ein großer, hagerer, in Todesangst winselnder Köter hängt, in der Schere, so daß der Hund zwischen den Rädern laufen muß, und steigt schweigend wieder auf. Herr Schmirer bedankt sich wortreich. „Es ist übrigens nicht mein Hund. Ich habe ihn für Fräulein Papendiek besorgt. Sie will ihn morgen Herrn Papendiek zum Geburtstag schenken.“

Andreas haut dem Hans eine über. Na, die Papendieks. Können sich noch Hunde schenken. Und haben sich doch mit größten Kosten auf die Spargelkultur umgestellt. Spargelpflanz, Spargelwalzen, die besten Pflanzen — alles hat sein müssen. Korns Flügel waren ihre zehn Finger, und die Handflächen ihre Walzen, und die Pflanzen —

„Da liegen die letzten fünftausend“, sagt Andreas und weist mit der Peitsche nach hinten. „Unsere Ziege hat dran glauben müssen. Die letzte, graublau mit schwarzen Füßen. Sie haben das alles ja eigentlich auf dem Gewissen, Herr Schmirer, mit Ihrem Ratsschlag von damals. Na, wenn's man gut geht.“

„Warum soll's nicht gut gehen, Herr Korn?“

„Weil's ein Wettkampf ist zwischen meinen alten Knochen und dem Spargel“, sagt Andreas ernst. „Wer kann am

langsamsten? Darum gehts. Drei Jahr braucht der Spargel bis zur Ernte; drei Jahr wird also Schmaltzens Küchenmeister sein. Schwierig für'n alten Kerl. Na, mal sehn. Hü, Hans!“

Hans will nicht recht oder ist verträumt; obgleich es auf den Stall zu geht, obgleich es dämmerig wird. Vielleicht beschäftigt ihn der Hund, der da zwischen den Rädern läuft. Viele Hunde hat Hans in seinem zwanzigjährigen Pferdeleben gesehen; manche wundgetreten, wenn sie nach ihm bissen; einen überfahren; das ist lange her. So etwas Aengstliches, Zütriges wie dieser Köter war noch nicht darunter.

Der Hund tappt unter dem Wagen, Schnauze gefenkt, Schwanz im Gelauf, und hat Angst vor allem: vor den Wegsteinen, vor den Pferdefäßen, vor dem Dunkel. Mit Steinen hat man ihn bisher nur geworfen, mit Füßen nur getreten. Weit sehen kann er nicht; er hat auf einem engen Hof kurz angekettert gelegen, auf dem Wirthausen; der Blick stieß nach fünf Metern auf eine graue Mauer. Die Mauer hielt ihm nicht, gibt ihm keine Witterung; die Ammoniakdünfte des Mistes haben sie verdorben. Was vordem war, weiß er nicht mehr; eine unklare Erinnerung ist da an Verlaufssteinen, Umherirren, Stehlen, Verprügeltwerden. Eine unklare Angst ist da, daß es nun wieder so kommt.

„Die rechte Freude kann ich nicht finden am Spargelbau“, sagt Andreas in den Abend hinein, der sich zögernd mit Sternen schmückt. „Alles ist so grau, so sandig. In der Landwirtschaft greift alles ineinander, aus Getreide wird Brot, aus der Kuh kommt Milch, das Pferd pflügt und gibt den Dünger gratis dazu. — Hö, Hans! Ruht du denn alles auf die Straße fallen lassen? Kannst du nicht bis zu Haus warten, hö? Der Hund unten winkelt auf; die fallenden Augen haben ihn erschreckt. Hans läßt den Schwanz wieder sinken, ohne Hebereiung. Er ist solche Ansprachen gewöhnt und legt den Dünger dahin, wo's ihm paßt.“

„Sie sehen's ja schon an den Wörtern“, sagt oben Andreas. „Beim Getreide hat man Ernten. Beim Spargel bloß Kampagnen.“

„Hallo! Herr Schmirer?“ ruft Vene Papendiek, die am Wege gewartet hat. „Haben Sie den Hund? Ich möchte ihn Ihnen gleich hier abnehmen, damit Vater noch nichts sieht.“

Andreas hält, Schmirer steigt ab, sonderbar verwirrt. Vene bedankt sich bei Andreas, weil Schmirer es vergißt. Man sagt sich wieder etwas herzlicher Guten Tag, seit Papendiek die Kuh abgeschafft hat; wenn er's auch bloß wegen der Umstellung auf den Spargelbau tat.

(Fortsetzung folgt.)

also in seinem eigenen Interesse rechtzeitig, d. h. vor Vertragsabschluss, bei den zuständigen Dienststellen — Vermessungsamt und Tiefbauamt — nach den für das betreffende Grundstück vorliegenden Verhältnissen.

Drang zum Oberbürgermeister.

Wie man heute Klame für den Zirkus macht.

Ein Zirkusdirektor ist ein ehrenwerter Mann. Wir ziehen den Hut vor ihm, wenn er sich noch dazu aus kleinen, ärmlichen Verhältnissen mit eigener Kraft zu einer international anerkannten Persönlichkeit emporgearbeitet hat. Solch ein Mensch ist zweifellos der in der ganzen Welt berühmte Direktor des Zirkus Sarraffani, Hans Stosch-Sarraffani. Und trotzdem hat niemand seine kürzlich an die Stadt Berlin gerichtete Aufforderung, ihn zum Oberbürgermeister zu wählen, ernst nehmen können. Man erklärte sein Schreiben für einen geschickten Reklametrick. Dagegen hat sich Herr Stosch-Sarraffani in einem zweiten Schreiben energisch gewandt, er erklärte, es sei ihm mit seiner Kandidatur vollster Ernst. Jetzt kommt ein zweiter Mann der Manège, der Direktor des Zirkus Gleich, und behauptet in einem Bewerbungsschreiben an den Magistrat von sich, er sei als der „geborene Diplomat, Organisator und Kaufmann“ der Mann, den Berlin brauche! Um seinen Konkurrenten Sarraffani endgültig aus dem Felde zu schlagen, will er der notleidenden Stadt Berlin in dem Augenblick, in dem seine „Bestallung“ erfolgt, ein Darlehen von mindestens drei Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Man sieht: ein nobler Herr! Und dazu ein fabelhafter Reklamemann. Er hat den Sarraffani noch übertroffen. Nur werden wir uns für seine „menschenfreundlichen“ Darlehensangebote bedanken müssen.

Wie schade, daß die amerikanische, darum natürlich allergrößte Zirkusfirma Barnum u. Bailey nicht mehr zu existieren scheint, die Welt verdankte ihrem Betrieb das einst so gebräuchliche Wort von der „Barnum-Klame“. Wie schön waren auch die vielstündigen Plakate, die vielmeterlange Säune und Mauern deckten und lebend riefen:

„Angenehm erwärmt!
Elegant beleuchtet!
Raum für zehntausend entzückte Besucher!“

Das könnte ja am Rathaus — oder vielmehr an den Kesseln in den Gebäuden in Schicht und Flammen wiedererzelen, wenn sich ein — Direktor von Berlin, ehemals vom Zirkus, die Magistrats- und Stadtverordnetenringkämpfe dorthin verlegen wollte.

Der Kampf um Dr. Wolff.

Ein Schlag der süddeutschen Kulturreaktion.

Der Stuttgarter Arzt Dr. Friedrich Wolff, der Verfasser des § 218 Kampfdramas „Cyanall“ und die Ärztin Klente-Jacobowich befinden sich immer noch in Stuttgart in Haft. Die Umstände, die in Stuttgart auf Veranlassung des Staatsanwalts Kuchorst zur sensationellen Verhaftung geführt haben, werden jetzt allmählich bekannt.

Den Anlaß zur Aufrollung der Angelegenheit hat die Einlieferung eines jungen Mädchens in bedenklichem Zustand in ein Krankenhaus. Der Arzt des Krankenhauses erstattet darauf Anzeige. Ein bei Dr. Wolff vorgenommene Hausvisitation ergab, daß er in etwa 80 bis 100 Fällen Bescheinigungen ausgestellt hatte, auf Grund deren die Ärztin Frau Jacobowich den Eingriff vornahm. Dr. Wolffs Frau bestreitet, daß ihr Mann in der Regel Geldbeträge für die ärztlichen Bescheinigungen bekommen habe; in den Fällen, wo dies geschehen sei, habe das Honorar nicht mehr als 3 bis 6 M. betragen. Dr. Wolff führte über die von ihm ausgestellten Bescheinigungen eine genaue Kartei mit Angabe des ärztlichen Krankheitsbefundes. In einigen Fällen soll er seiner Ueberzeugung gemäß, die er sowohl in seinem Drama „Cyanall“ als auch in seinen Broschüren und Vorträgen stets vertreten hat, als Grund zur Vornahme des Eingriffes die „soziale Indikation“ angegeben haben; d. h. er war der Ansicht, daß die Ausrottung der Frucht durch die Patientinnen bei den sozialen Verhältnissen, unter denen sie lebten, mit dem Gewissen des Arztes nicht zu vereinbaren gewesen wäre. Wie verlautet, soll auch bei der Ärztin Klente eine Kartei gefunden worden sein, aus der hervorgeht, daß auch andere Ärzte ihre Patienten zu ihr geschickt haben. Die Feststellung der Namen dieser Patientinnen durch die Staatsanwaltschaft hat in Stuttgart ungeheure Aufregung verursacht. Es sollen im ganzen etwa 200 Frauen in Mitleidenschaft gezogen sein.

Dr. Wolff behauptet nach wie vor, in allen Fällen einwandfrei gehandelt zu haben; er steht zu dem, was er getan hat und ist bereit, im Interesse seines Kampfes gegen den § 218 die Verantwortung zu tragen.

U in O.

Man glaubt es kaum, daß der Bau der U-Bahn über Lichtenberg nach Friedrichshagen vier Jahre gedauert hat, und doch konnte man sich aus Anlaß einer bemerkenswerten Filmvorführung von dieser Tatsache erneut überzeugen.

Der Leiter der Städtischen Jugendbühne und des Filmarchivs in Lichtenberg Stadtoberinspektor Fritz Griep, gleichzeitig ein ausgezeichneter Filmkameramann, hat das Kunststück fertiggebracht, vier Jahre hindurch alle paar Wochen mit dem schweren Aufnahmeapparat loszuziehen und die einzelnen Phasen des Riesenbaues aufzunehmen. Nun führte er den Gesamtfilm einer Anzahl geladenen Gästen vor, unter denen auch Stadtrat Neuter und der Senior der Lichtenberger parteigenösslichen Kommunalpolitiker Stadtrat Tempel waren. In einer launigen Ansprache begrüßte Bezirksbürgermeister Dr. Siggel die Erschienenen, würdigte das schwierige und mühsame Werk Fritz Grieps und entwarf auch ein anschauliches Bild von der pädagogischen und gemeinnützigen Tätigkeit der Lichtenberger Städtischen Jugendbühne. Volker Weg-

Helft die Mörder finden!

Belohnung für die Aufklärung der Röntgentaler Bluttat.

Vom Regierungspräsidenten in Potsdam ist für die Ergreifung der Täter an dem nächtlichen Feuerüberfall auf das Restaurant Edelweiß in Röntgental, bei dem ein Todesopfer und zwei Schwerverletzte zu beklagen waren, eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Nach den Ermittlungen der Nordkommission, die unter Leitung des Kriminalkommissars Dr. Braschwich seit acht Tagen ununterbrochen an der Aufklärung des Verbrechens arbeitet, kommen nach den verschiedenen Zeugenaussagen mehrere Täter in Frage. Von einem Röntgentaler Einwohner ist unmittelbar nach den verhängnisvollen Schüssen ein Mann beobachtet worden, der sich in eiligen Schritten in Richtung Zepernick entfernte. Er scheint der mutmaßliche Täter zu sein. Er ist etwa 1,70 bis 1,80 Meter groß und von schlanker Gestalt. Der Fremde trug eine Ballonmütze, Windjacke oder kurzen Mantel und Brecheschjosen mit Stüben oder Gamaschen. Wenige Minuten darauf hielten dicht am Lokal zwei Radfahrer, deren Räder unbedeutend waren. Einer von beiden schlich sich in gebückter Haltung zum Lokal und spähte in den Gastraum. Dann fuhren sie in schnellem Tempo davon. Der eine Radfahrer war etwa 1,70 Meter groß, trug einen Sweater, darüber einen kurzen Rock, und Kniehosen mit braunen Stüben. Ferner sind alsbald nach der Tat in der Bucherstraße, unweit des Restaurants „Edelweiß“, zwei Männer gesehen worden, die mit schnellen Schritten dem Bahnhof zustrebten. Nach ihrem Verhalten sind sie ebenfalls mit dem Verbrechen in Zusammenhang zu bringen. Der eine trug dunklen Mantel, weichen Hut von dunkler Farbe und lange Hose. Nach einer anderen Beobachtung war der Anzug mög-

licherweise dunkelblau, die Kopfbedeckung war eine blaue Seglermütze. Der andere war etwa 18 bis 20 Jahre alt und 1,60 bis 1,70 Meter groß. Er hatte Brecheschjosen mit schwarzen Leder-gamaschen und trug wahrscheinlich ein braunes Hemd. Der letztere hielt mit der linken Hand seinen rechten Unterarm und als ein Passant fragte, was es gäbe, gab der Verdächtige im Bausen die kurze Erklärung, aus dem Lokal „Edelweiß“ sei geschossen worden.

Es wird vermutet, daß er sich beim Schießen verletzt hat, oder bei der Flucht gestürzt ist und sich eine Verletzung zugezogen hat.

Alle Mitteilungen, die streng vertraulich behandelt werden, sind zu richten an Kriminalkommissar Dr. Braschwich, Anruf Buch 8197, an das Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 250, oder an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts III Berlin.

Eine Festnahme bereits erfolgt.

In den gestrigen Abendstunden ist in Röntgental bereits ein Mann festgenommen worden, der im Verdacht der Täterschaft, zumindest aber der Mittäterschaft steht. Der Verhaftete, Mitglied des sogenannten „Kampfbundes“, bestreitet jedoch, an dem Verbrechen beteiligt zu sein. Mit weiteren Festnahmen dürfte bereits heute zu rechnen sein. Nach in den späten Abendstunden wurden von Kriminalkommissar Dr. Braschwich mehrere wichtige Verhöre vorgenommen, über deren Ergebnis näheres nicht mehr bekannt geworden ist.

2. Kreis Tiergarten!

Heute, Dienstag, den 24. Februar, 1919, Uhr, in den Arminushallen, Bremer Straße 62:

Oeffentliche Frauenversammlung

Genossin Mathilde Wurm, M. d. R., spricht über: „Die Gefahren eines neuen Krieges“.

Frauen erscheint in Massen!

mut sah man dann auf den ersten Filmbildern den Stolz der Frankfurter Chaussee, die in 30 Jahren prächtig herangewachsenen Bäume unter der Ägide zusammenbrechen. Darauf kamen in seltener Folge viele, viele Arbeitsbilder, darunter auch die Ausfüllung von Krauses Sumpf bei Rummelsburg, dessen Bedeutung als ein Naturschutzgebiet man erst erkannte, als es zu spät war. Besonders interessant für den Laien waren die technischen Trübsalbilder, die die einzelnen Bauphasen auszeichneten. Der Film hat den bezeichnenden Titel: „U in O“, das heißt U-Bahn im Osten und wird in der Städtischen Lichtbühne, Hotelstraße 7-9, bis Donnerstag dieser Woche einschließlich laufen. Noch eine besondere Ueberraschung gab es. Herr Skladanowski, der deutsche Erfinder des Kinetographen, führte seine bereits 30 Jahre alten ersten deutschen Filme vor.

Orkan fordert fünf Tote.

Wirbelsturm über Sizilien.

Mailand, 23. Februar.

Ein Wirbelsturm, wie er seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war, ist über Sizilien hinweggegangen und hat schwere Verwüstungen angerichtet. 48 Stunden lang wütete der Orkan, entwurzelte Bäume, beschädigte Telegraphen-, Telefon- und Stromleitungen. Die Flüsse sind über die Ufer getreten und haben weite Gebiete überschwemmt. In Udolora sind dem Orkan fünf Menschen zum Opfer gefallen. In Palermo hat das Wasser die Mauern am Hafen überschwemmt. Hier wurde ein großer eiserner Kran vom Stützgerüst umgerissen und stürzte auf ein Gebäude, das zum Teil niedergelegt wurde. Infolge von Erdbeben mußte der Verkehr auf zwei Eisenbahnstrecken eingestellt werden.

Fünf Lagen Koks und sechs Molten.

Ein Kassenbote G., der bei einem Dauerstat schon ganz hübsch „geladen“ hatte, trudelte endlich doch heimwärts. In der Nähe des Schlesischen Bahnhofs schob er noch in eine Kneipe, lernte hier ein paar nette junge Leute kennen, denen er spendiert und die sich nicht lumpen lassen. Im ganzen wurden hier fünf Lagen Koks (Kum mit Zucker) und sechs Molten konsumiert. Als er nun wieder losging, nahmen die beiden neuen Freunde den Boten — da er selber kaum noch gehen konnte, ging es natürlich nicht anders — in die Mitte und geleiteten ihn heim. Vor der Haustür aber verabschiedeten sich die jungen Leute nicht, wie es üblich ist, mit einem Handshake, sondern mit einem Faustschlag. Als der Kassenbote wieder zu sich kam, war sein Portemonnaie mit 60 M. Inhalt und seine Tasche verschwunden. Das Schnellgericht sah diese Sache, die bestimmt nicht so verlaufen wäre, wenn nicht alle drei Beteiligten stark getrunken hätten, sehr ernst an und verurteilte wegen gemeinschaftlichen Straßenraubes den 24jährigen noch nicht vorbestraften Erich J. zu der Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis, während der ältere und schon vorbestrafte B. 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis bekam.

Wunder im Sand von Saarow.

Man wird es kaum für möglich halten, daß es eine Frau geben kann, die in das Bad Saarow am Scharmühssee fährt und dort im Sand am Strand einen Perlenstrand im Werte von 10 000 M. verliert oder — vergißt. Wenn man aber einem jetzt verhafteten jungen Mann glauben darf, daß es solch Wunder im

Sand gibt, dann muß es sich doch wohl tatsächlich so verhalten. Befragter junger Mann kam in diesen Tagen zu einem Pfandleiher im Westen der Stadt und bot ihm eine Perlenkette mit hundert Perlen im Werte von 10 000 M. an. Das Mädchen, das er erzählte, glaubte ihm der Pfandleiher natürlich nicht, er holte vielmehr die Polizei, und vor den Beamten erklärte der junge Mann, er sei mit seiner jungen Frau im vorigen Jahr in Saarow gewesen, habe am Sandstrand das Schmuckstück gefunden und habe sich nicht entschließen können, es abzuliefern. Jetzt habe ihn die Not dazu getrieben. Die Kette wurde natürlich beschlagnahmt.

Explosion in Kronstadt.

Filmlaboratorium in die Luft gestiegen. — Drei Tote.

Bukarest, 23. Februar. (Eigenbericht.)

In Kronstadt in Siebenbürgen ereignete sich heute nachmittags in einem Filmlaboratorium eine furchtbare Explosion. Der Raum, wo die Filme aufbewahrt wurden, flog aus bisher unbekannter Ursache unter furchtbarer Detonation mit dem ganzen Laboratoriumsgebäude und sämtlichen Büroräumen in die Luft. Bisher wurden drei Todesopfer aus den Trümmern gezogen; sie waren vollständig verstümmelt. Man befürchtet aber, daß die Zahl der Toten noch größer ist. Durch die Gewalt der Explosion wurden sämtliche Feuerlöcher der umliegenden Häuser zertrümmert. Der Materialschaden wird auf mehrere Millionen Lei geschätzt.

Dr. Goldberg hat sich gestellt.

Wie wir erfahren, hat sich Dr. Goldberg, der am Montagmorgen in Berlin eingetroffen war, am Nachmittag der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt, die nunmehr das Ermittlungsverfahren gegen ihn einleiten wird. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen Rechtsanwalt Dr. Goldberg bereits einen Haftbefehl erlassen, doch wird dieser, wie wir hören, nicht vollstreckt werden, wenn es dem beschuldigten Kotar gelingt, eine angemessene Kaution zu stellen. Dr. Goldberg hat um eine zweiwöchige Frist gebeten, um von Freunden und Verwandten die erforderliche Summe zu erhalten.

Zu der doppelten Gasvergiftung in der Tiefstraße 34, über die schon berichtet wurde, erfahren wir, daß der Schauspieler Frank bereits aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte. Vor der Kriminalpolizei bestreitet er, daß er die Ursache gehabt habe, sich das Beben zu nehmen. Glücklicherweise hat sich das Befinden des jungen Pöfller soweit gebessert, daß Lebensgefahr nicht mehr besteht.

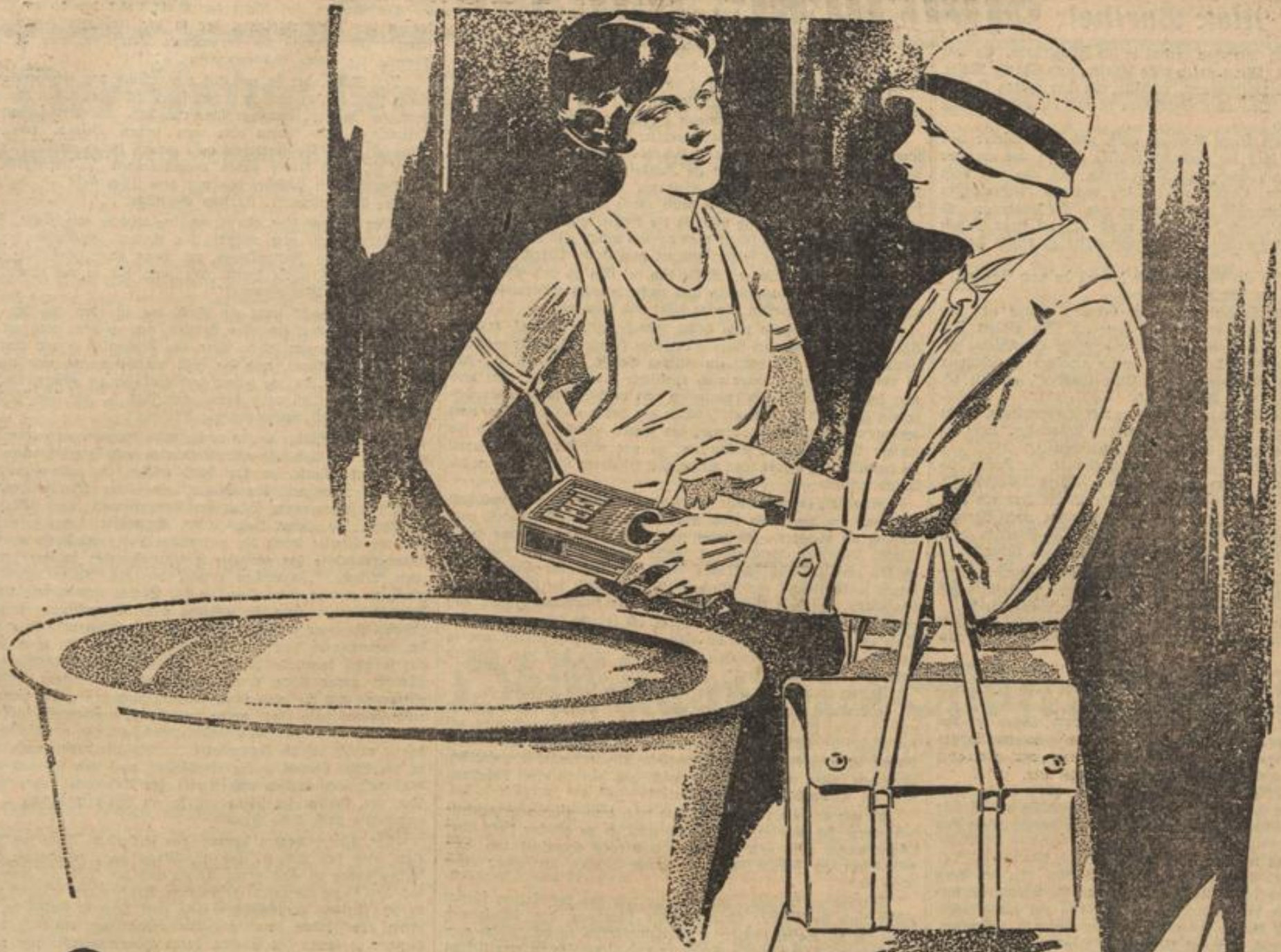
Die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständigung feierte in der vorigen Woche ihr zehnjähriges Bestehen. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hatten Glückwünsche übermittelt, u. a. auch Kultusminister Dr. Grimm. Der Vorsitzende Genosse Schönherr betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Gründung dieser Vereinigung eine Notwendigkeit war. Besonders Pfarrer Bieker hat es sich während dieser Zeit angelegen sein lassen, die Ideale Völkerverständigung und Religion innerhalb und außerhalb der Kirche wirkungsvoll zu vertreten. Die schlichte eindrucksvolle Feier machte auf alle Teilnehmer die nachhaltigste Wirkung.

Toller diskutiert mit Mühe vor dem Mikrophon der Berliner Funkstunde am Sonnabend, dem 28. Februar, über das Thema „Reaktion oder geistige Erneuerung“. Der „Ausflug für Rundfunkhörer“ veranstaltet wegen der Bedeutung des Themas um 17 Uhr unter der Leitung von Regierungsrat Dr. Viktor Engelhardt eine gemeinsame Hörstunde im Vortragsaal Lindenstraße 3 mit anschließender eingehender Aussprache. Zutritt nur gegen Teilnehmerkarten, die erhältlich sind bei der Buchhandlung Dieck, Lindenstraße 2, beim Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, Arbeiter-Radiobund, Yorckstraße 14 (Bergmann 768), und der Ortsverwaltung des 32. L., Hedemannstraße 12.

Die Ausstellung „Die Gehagewohnung 1931“ in der Wilhelmstraße 92/93 mit vier Arbeiter-Aleinwohnungen in Originalgröße und sämtlichen Möbeln ist nur noch bis Ende dieser Woche geöffnet.

MAGGI'S
Fleischbrüh-
Würfel

Zur Bereitung von Kochbouillon.
Sie sparen
dadurch das teure Suppenfleisch



Es ist doch keine Kunst, mit Persil zu waschen!

Das ist richtig: Sie können Persil anwenden wie Sie wollen, immer werden Sie ein befriedigendes Waschergebnis haben. Aber das allein sollte Ihnen nicht genügen! Von einem Waschmittel wie Persil sollten Sie mehr verlangen. Als Persil erschien, war sein großes Ziel, das Waschen zu erleichtern und zu vereinfachen. Sie sollten es künftig nicht mehr nötig haben, die Wäsche umständlich einzureiben und sollten nicht mehr zwei- oder dreimal kochen. Die mühevollen Waschbrettarbeit sollte Ihnen erspart bleiben und ebenso das Bleichen mit all seinen Gefahren für die Wäsche. Nur Einweichen mit Henko und

Kochen mit Persil - das ist alles, um eine tadellos gepflegte Wäsche zu haben - das ist der große Fortschritt der Persil-Idee. Machen Sie sich diesen Fortschritt zunutze durch richtige Anwendung! Denn um diese großen Vorzüge ganz zu erreichen, ist es nicht gleichgültig, wie Sie mit Persil waschen. Versuchen Sie es in Ihrem eigenen Interesse. (Warum etwas umständlich machen, wenn es einfach viel besser geht?)

Auf je 3 Eimer Wasser kommt 1 Paket Persil. Auf einen Kessel also, der beim Waschen 6 Eimer Wasser faßt, nimmt man 2 Normalpakete oder 1 Doppelpaket Persil. (Das Doppelpaket Persil ist 5 Pfennig billiger als 2 Einzelpakete.) Die Waschlauge wird immer kalt und für jeden Kessel frisch bereitet. Einmaliges kurzes Kochen der Wäsche genügt.



P 8/316

Persil bleibt Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: HENKO, Henkels Wasch- und Bleich-Soda.

Der Unfug dreifacher Holz zölle.

Statistik nach dem Hegen-Einmaleins — Gefährdung der Holz- und Bauwirtschaft

Der Reichsernährungsminister Schiele hat sich die Zollforderungen der Waldbesitzer im großen und ganzen zu eigen gemacht. Daraus erwächst die Gefahr, daß die heutigen Holz zölle auf dem Verordnungswege verdreifacht werden.

Die Waldbesitzer haben ihre Forderungen der Reichsregierung in Form einer Denkschrift eingereicht und begründet. Das Glanzstück der Eingabe ist die Behauptung, daß 8 Millionen Festmeter deutsches Holz im Werte von etwa 100 Millionen unverkauft im Walde liegen und verfaulen. Diese Rechnung stützt sich auf eine „Statistik“, deren Aufmachung lebhaft an das berühmte Hegen-Einmaleins erinnert. Im Sommer 1930 hat der Reichsforstwirtschaftsrat eine Erhebung über die zu jener Zeit unverkauft im Walde liegenden Holz mengen gemacht. Ermittelt wurden dabei 2,8 Millionen Festmeter im Werte von 35,4 Millionen Mark. Von den Gemeindeforsten hatten sich aber nur 9 und von Privatforsten nur 7 Prozent an der Erhebung beteiligt. Der Reichsforstwirtschaftsrat hat darauf die in den Gemeinde- und Privatforsten ermittelten Mengen einfach im Verhältnis von 7 und von 9 auf 100 erhöht und kommt auf diese Weise zu den erwähnten eindrucksvollen Zahlen. Selbst ein Mitglied des Reichsforstwirtschaftsrates, Prof. Dr. Lemmel, nennt diese Statistik

„eine Milchmädchenrechnung, wie sie im Buche steht“.

Auch früher hat es noch keinen Tag gegeben, und es wird auch künftig keinen geben, wo die Waldbesitzer ihr Holz bis auf den letzten Stamm verkauft hätten. Im Sommer 1930 war die unverkaufte Menge wohl etwas größer, aber das Mehr war unbedeutend, wie die preussische Staatsforstverwaltung ausdrücklich festgestellt hat. Das Mehr kam in der Hauptsache von dem stärkeren Holz-einschlag in diesem Jahre. Nach den Feststellungen des Reichsforstwirtschaftsrates haben die Staats- und Gemeindeforsten ihren Einschlag gegenüber dem Vorjahre um 10 Prozent und die Privatforsten um 38 Prozent erhöht.

Dieser Mehreinschlag wurde gemacht, obwohl allgemein mit einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage gerechnet wurde.

Deutschland braucht unbedingt ausländisches Holz.

Unter Berücksichtigung des oben erwähnten Mehreinschlages betrug im Jahre 1930 der gesamte deutsche Holzeinschlag etwa 28 Millionen Festmeter. Diese Menge übersteigt den jährlichen Zuwachs nicht unerheblich. Trotzdem mußten zur Deckung des deutschen Holzbedarfs noch 11,4 Millionen Festmeter eingeführt werden. Die Vagermengen waren nicht wesentlich größer als in früheren Krisenjahren. Im Krisenjahr 1930 betrug der deutsche Holzverbrauch etwa 39 Millionen Festmeter. In guten Wirtschaftsjahren wird man den Holzbedarf auf 40 bis 43 Millionen Festmeter schätzen können. Davon kann der heimische Wald bei normaler Ausnutzung höchstens 25,5 Millionen Festmeter liefern. 15 bis 18 Millionen Festmeter müssen wir aus dem Ausland einführen.

Die Waldbesitzer führen die schlechten Abholzungverhältnisse am Holzmarkt auf die „überaus starke Holzeinfuhr“ zurück. Von dieser Ansicht lassen sie sich auch nicht durch den Hinweis auf den Rückgang der Holzeinfuhr in den letzten Jahren abbringen. 1928 betrug die deutsche Holzeinfuhr 18,2 Millionen Festmeter, 1929 noch 14,4 Millionen und 1930 gar nur noch 11,4 Millionen Festmeter. Der Haupttrumpf der Waldbesitzer ist jedoch der Hinweis auf die gestiegene russische Holzeinfuhr. Nun stimmt es, daß Rußland von Jahr zu Jahr mehr Holz eingeführt hat, aber nicht auf Kosten der deutschen Forstwirtschaft, sondern auf Kosten anderer Holz ausfuhrländer, wie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht.

Nadelholzeinfuhr in 1000 Festmeter Rohholz (Rundholz, Grubenholz, Papierholz, Schnittholz)

Jahr	Insgesamt	Davon aus						
		Rußland	Polen	Finnland	Schweden	Osterr.	Ungarn	Amerika
1928	15 761	771	4120	2735	532	1946	2377	541
1929	12 446	1867	3696	2190	580	746	1342	490
1930	10 182	2562	2663	1497	381	629	1203	428

Rußland ist das einzige Land, das im letzten Jahr seine Holzausfuhr nach Deutschland steigern konnte. Das ist für den Kenner der Verhältnisse keine Überraschung, denn Rußland ist das waldbereichste Land der Welt, das größte Holzüberschußland. Manche meinen, seine Wälder seien unererschöpflich. Dieser Ansicht sind wir nicht, aber soviel ist sicher, daß die Ausbeute großer Forsten ihre normale Ertragsgrenze noch lange nicht erreicht hat. In manchen Gebieten freilich wird heute Raubbau getrieben, weil die Sowjetregierung eilig große Mengen Holz für die Ausfuhr braucht, denn das Holz ist einer ihrer besten Ausfuhrartikel, das Geld bringt.

In dem Maße, wie die Einfuhr aus Rußland wächst, wird die aus anderen Ländern zurückgehen, es sei denn, daß der deutsche Holzbedarf so groß ist, daß die Einfuhrzunahme aus Rußland zu seiner Befriedigung nicht ausreicht. Stets aber wird die Holzeinfuhr sich in den durch den heimischen Bedarf gezogenen Grenzen halten. Denn die Dinge liegen doch so, daß nicht das Ausland die Einfuhrmenge bestimmt, sondern die deutschen Holzhandler und Holzverbraucher.

Ein Teil des ausländischen Holzes geht aber wieder ins Ausland. 1913 verhielt sich die Ausfuhr zur Einfuhr wie 1:13,9 und 1930 sogar wie 1:4,4. Im Jahre 1930 wurden 415 000 Festmeter Grubenholz eingeführt, die Ausfuhr aber

betrug 1,09 Millionen Festmeter. Von der Einfuhr ist also nicht ein Stück in Deutschland geblieben. Trotzdem jammern die Waldbesitzer über die starke Grubenholzeinfuhr, „die, obwohl der deutsche Bergbau schwer darniederliegt, fast noch ebenso groß ist, wie in der Vorkriegszeit“. So wird Stimmung gemacht.

Und der Rückgang der Holzpreise?

Die Holzpreise sind in den letzten Monaten stark zurückgegangen, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Aber man darf die heutigen Preise nicht mit denen des Jahres 1928 vergleichen, wie es der Reichsforstwirtschaftsrat in seiner Denkschrift tut. In den Jahren

Rundholzpreise in einigen deutschen Ländern

Jahr und Monat	Monat. Durchschnittspreise je Festmeter 2 Klasse			
	Preußen Kleber M	Papern M	Württemberg Sichte und Tanne M	Baden M
1926 März	24,40	25,60	27,40	26,70
Oktober	23,80	23,70	26,25	25,80
1927 März	32,80	27,40	32,50	31,70
Oktober	34,80	32,—	37,50	33,40
1928 März	31,10	32,50	33,70	36,80
Oktober	33,—	30,70	31,80	27,70
1930 März	23,90	25,90	27,60	24,80
Oktober	17,40	17,10	26,10	21,10
Dezember	19,80	17,—	23,40	19,60

Obstbilanz gegen Südfruchtmonopol

Der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues hat vor einigen Wochen bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, ein Südfruchtmonopol einzuführen. Dieser ungewöhnliche und neuartige Antrag der Vertretung des heimischen Gartenbaues sollte wohl in erster Linie die Öffentlichkeit auf die Notlage des Berufsstandes aufmerksam machen und die Diskussion anregen, wie dem deutschen Gartenbau zu helfen ist. Die nachfolgenden Ausführungen sollen grundlegend die Frage der deutschen Obst- und Südfruchtversorgung klären.

Wieviel und was verbrauchen wir?

Nach dem 20-Milliarden-Modell, das auf der diesjährigen „Grünen Woche“ gezeigt wurde, stellen sich die Aufwendungen der Konsumenten für Obst, Gemüse und Südfrüchte auf rund 2 1/2 Milliarden Mark. Mit Hilfe der Ergebnisse der Haushaltsrechnungen, die das Statistische Reichsamt in den Jahren 1929/30 veröffentlicht hat, läßt sich diese Wertziffer in eine Mengenziffer für den Verbrauch umrechnen und zugleich auch eine Gliederung nach Obst, Gemüse und Südfrüchten durchzuführen. Diese Berechnungen sind dann allerdings auf das Jahr 1927 abgestellt, in dem das Verhältnis zwischen In- und Auslandsangebot noch günstiger für Deutschland lag als im Durchschnitt der letzten Jahre.

Hiernach nahm jeder einzelne Verbraucher, wenn man die verbleibende Einkommensverwendung bei den ärmeren Schichten ausreichend berücksichtigt,

rund 43,0 kg an Gemüse und
 - 32,5 - - - Obst und Südfrüchten
 zus. rund 75,5 kg an Gartenbauerzeugnissen

im Jahre auf, und diese Prokopfmenge entspricht bei 40 Millionen Verbrauchern — 22 Millionen Deutsche wohnen in Landgemeinden unter 2000 Einwohnern und kommen als Käufer nur in ganz geringem Maße in Betracht —

rund 1,7 Millionen t Gemüse und
 - 1,3 - - - Obst und Südfrüchte
 zus. rund 3,0 Millionen t Gartenbauerzeugnisse.

Diese Verbrauchsmengen liegen bereits um ein Fünftel niedriger als die beträchtlichen Versandmengen, die das In- oder Ausland von den Erntern auf den deutschen Markt bringt — so groß ist nämlich der Warenschwund auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher. Nach Abzug dieses Fünftels wurden nun im Jahre 1927 aus dem Auslande eingeführt und verbraucht:

0,35 Millionen t Gemüse
 0,33 - - - - - Obst
 0,34 - - - - - Südfrüchte
 zus. 1,02 Millionen t Gartenbauerzeugnisse

das ist ziemlich genau ein Drittel der gesamten über den Markt bezogenen Menge.

Der Anteil der Südfrüchte.

Von dem deutschen Gemüseverbrauch — der Selbstverbrauch der Erzeuger ist nirgend berücksichtigt — entfielen rund 80 Proz. auf Inlands- und nur rund 20 Proz. auf Auslandsbezeugnisse. Von dem gesamten deutschen Obstverbrauch einschließlich der Südfrüchte waren dagegen nur knapp 50 Proz. Inlands- und reichlich 50 Proz. Auslandsfrüchte.

Mengenmäßig ist also selbst im Jahre 1927 mit seiner recht guten deutschen Kernobsternte der Verbrauch an Inlandsobst nicht ganz so groß wie der Verbrauch an Auslandsobst und Südfrüchten gewesen. Der Großhandelswert der Einfuhrware liegt überdies je 100 Kilogramm etwa 20 Proz. über dem Werte der Inlandsware, so daß von dem Gesamtverbrauch, wertmäßig ge-

1927 und 1928 hatten die deutschen Holzpreise eine märchenhafte Höhe. Nachstehend eine kleine Zusammenstellung von den wichtigsten Rundholzpreisen.

Auf jeden Fall aber darf man sagen, daß beim Holz ein wirklicher Preisabbau erfolgt ist; vielleicht in manchen Fällen schon unter das erträgliche Maß. Aber daran ist nicht die Holzeinfuhr schuld; dieser starke Preisrückgang ist die Folge der ungeheuer großen Wirtschaftskrise der Holzindustrie und der Bauwirtschaft, der beiden größten Holzverbraucher. Auch in den meisten anderen Ländern liegen diese Wirtschaftszweige darnieder, so daß der Holzabfall in der ganzen Welt stadt. In anderen Holzländern sind die Preise zum Teil noch mehr als in Deutschland gesunken.

Die Waldbesitzer sind mit den Holzpreisen, die sich bei den heutigen Zollsätzen aus Angebot und Nachfrage ergeben, begreiflicherweise nicht zufrieden. Ihnen schweben aber Preise vor, wie die der Jahre 1927 und 1928. Um dahin zu kommen, fordern sie im allgemeinen eine Verdreifachung der heutigen Zollsätze. Für Papierholz, das bisher zollfrei war, soll der gleiche Zollsatz gelten wie für Rund- und Grubenholz. Auf den Einheitswert der Einfuhr im letzten Jahre berechnet, bedeutet der geforderte Zollsatz für Nadelrundholz eine Belastung von 7,5 Prozent des Wertes. Das Papierholz würde um 10,8 Prozent verteuert werden, das Grubenholz bis 12,6 Prozent, die Eisenbahnschwellen bis 24,4 Prozent, das beschlagene Nadelholz bis 34,3 Prozent und das Nadelstammholz bis 40,8 Prozent.

Solche Holz zölle sind in einem Lande, das ein Drittel seines Holzbedarfs einführen muß, unmöglich. Deutschland würde dann die höchsten Holzpreise der Welt zahlen. Die Holzindustrie mit ihrer Million Beschäftigten würde noch mehr zurückgehen, als dies jetzt schon der Fall ist. Was die Waldbesitzer planen, ist ein Anschlag auf die deutsche Holzindustrie. Das sollte die Reichsregierung erkennen, ehe es zu spät ist.

H. S.

rechnet, mindestens 60 Proz. auf Importware und nur 40 Proz. auf Inlandsware entfielen.

Wie kann geholfen werden?

Das Verhältnis des Inlandsangebotes zum Auslandsangebot verschiebt sich nun zwar zugunsten des Inlandes, wenn nur das Frühjahr aus dem Inland den frischen Früchten aus dem Auslande gegenübergestellt wird und von den Südfrüchten die Zitronen, die doch kaum in vollem Umfange als Obst gewertet werden können, ausgeschieden werden. Die deutsche Zahlungsbilanz ist auch (im Durchschnitt der Jahre 1926—1930) mit 420 Millionen für ausländisches Obst beträchtlich belastet. Der deutsche Obstbau soll deshalb auch soweit entwickelt werden, daß er den Bedarf an denjenigen Obstsorten weit aus überwiegen befriedigt, die im Deutschen Reich genau so gut gedeihen wie im Auslande, d. h. vor allem den Bedarf an Äpfeln und Birnen, Zwetschen und Kirschen und an Beerenobst. Es ist dabei natürlich die Forderung zu stellen, daß der Bedarf nicht nur der Menge nach, sondern auch nach der Qualität und möglichst gleichmäßig befriedigt wird, eine Forderung, deren Erfüllung von Jahrresten als durchaus möglich bezeichnet wird, wenn auch eine Reihe von Jahren hierzu notwendig sind und Staatshilfe in gewissem Ausmaße nicht verlagert zu werden braucht. Für die Einführung eines Südfruchtmonopols, dessen Ziel immer nur die Einschränkung nützlicher und unentbehrlicher Einfuhren und die gleichzeitige Verteuerung des gesamten Obstverbrauchs ist, gibt es heute aber keinerlei ausreichende Rechtfertigung.

Tatsächlich genügt derzeit der heimische Obstbau den gestellten Forderungen bei weitem nicht. Die Ernteschwankungen sind außerordentlich stark, Mähernten sehr häufig. Dagegen könnte rationelle Bodenbearbeitung und -düngung eine sorgfältige Sortenwahl, Sortierung und Verpackung, Veredelung, Veredelung der Abfuhrorganisation und nicht zuletzt vorfristigste Standortwahl bei Neupflanzungen, und zwar nicht nur in klimatischer, sondern auch in verkehrsgeographischer Hinsicht, eine weitgehende Ausdehnung des Angebotes an Inlandsobst bewirken. Allein eine konsequente Schädigungsabwehr, eventuell mit reichsgeheimem Zwang, könnte allein in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer Verdoppelung der Ernte im Durchschnitt mehrerer Jahre und obendrein zu einer beträchtlichen Vermehrung der Ernte an Qualitätsobst führen.

Alle diese Maßnahmen könnten freilich sehr gefördert werden, wenn die Obstbau-, Verkehrs- und Marktstatistik viel stärker ausgebaut und zugleich verfeinert wird. Seit 1913 haben wir keine Obstbaumzählung! Ähnliche Ernteschätzungen für das Reich fehlen vollkommen. Die Reichsbahn läßt Obst und Südfrüchte mit Gemüse und Blumen und Baumstammholz zusammen in einer Gütergruppe zusammen. Ohne genaue statistische Unterlagen aber ist es den Behörden und den Organisationen fast unmöglich gemacht, den notwendigen Überblick zu gewinnen, was auch leicht zur Irreführung der Öffentlichkeit mißbraucht werden kann.

Es darf auf keinem Gebiet der Agrar- und Lebensmittelpolitik übersehen werden, daß die Verbraucher die Nachfrage bestimmen, sowohl in ihrem Umfang wie in ihrer Zusammensetzung und Qualität. Auch nicht hier. Die Nachfrage zu befriedigen, ist die vornehmste Aufgabe der Erzeuger und aller helfenden Staatspolitik. Nur was volkswirtschaftlich vernünftig ist, kann auch zoll- und handelspolitisch vertreten werden. Hier besteht, wie wir zeigten, noch ein großer Spielraum für die Selbsthilfe, der auch die Rentabilität des deutschen Obst- und Gartenbaues verbessern kann. Ein Südfruchtmonopol ist dazu nicht notwendig.

PREISABBAU
BEI SPINDLER

Herrenanzug oder Mantel nur handbügeln Mk. 1.—
 Herrenanzug entflecken und handbügeln Mk. 2.50
 Herrenanzug chem. reinigen bisher 8.50 jetzt Mk. 6.90
 Überzieher chemisch reinigen von Mk. 6.— an
 Damenmantel nur handbügeln Mk. 1.—
 Kostüm nur handbügeln Mk. 1.—
 Kleider chemisch reinigen von Mk. 3.50 an
 Jumper chemisch reinigen von Mk. 2.25 an
 Mäntel chemisch reinigen von Mk. 4.— an

Bringen Sie auch Ihre zinfache Gardarobe zu SPINDLER



Schulraumnot in Brieg.

SOS-Ruf der Brieger Eltern- und Lehrerschaft.

Ueber unzureichende Schulverhältnisse in Brieg klagen Eltern und Lehrer. Es herrscht eine solche Schulraumnot, daß bei den wenigen vorhandenen Schulen überall „liegende Klassen“ eingerichtet wurden, d. h. es wird zweimal in den Räumen Schule abgehalten, einmal vormittags und einmal mittags. Der Elternbeirat sowie Vertreter des Siedlervereins und des Bewohnerausschusses hatten sich deshalb unter dem Vorsitz des Genossen Beiten zu einer Beratung zusammengesunden, bei der der Direktor der Realschule Dr. Sachrow ein allgemeines Bild von den Verhältnissen gab. Nach seiner Statistik liegen für Ostern 400 Neuanmeldungen schulpflichtiger Kinder vor; sie verteilen sich auf die 47./48. Schule mit 100, auf die 49./50. Schule mit 85, auf die 51./52. Schule mit 60 und auf die 57./58. Schule mit 72 Anmeldungen. Die Abgänge dagegen sind äußerst gering, sie werden teilweise nur auf 8 Prozent geschätzt. In der Schule Chausseestraße wird eine Klasse frei, gebraucht werden aber 4 Räume. In der Schule Bürgerstraße werden zwei neue Räume gebraucht, in der Schule Hammannstraße bestehen schon drei liegende Klassen, die Baracken in der Großsiedlung sind schon längst überfüllt. Brieg marschiert auf der Dringlichkeitsliste beim Magistrat bereits an 6. Stelle, aber es geschieht nichts zur Abhilfe. Seit 1927 ist der Schulneubau beschlossen und die erste Bauphase ist auch bereits bewilligt worden, die aber jedes Jahr wieder vom Etat abgesetzt wird. Der Berichterstatter wies auf die Gefahren hin, die sich für die Kinder aus der Ueberfüllung der Schulen ergeben; viele Eltern werden ihre Kinder an den heißen Tagen des Sommers nicht in die Schule schicken, wenn die Schulstunden in die Mittagszeit fallen. Er empfiehlt, mit allen Mitteln vorstellig zu werden, daß wenigstens vorläufig Baracken aufgestellt werden. Bei den meisten Elternberäten fand dieser Vorschlag keine Gegenliebe, da man das Barackensystem begrifflicherweise nicht unterstützen und verwirklichen helfen will. Es soll nochmals durch die politischen Parteien bei den Behörden auf eine Beschleunigung des Schulbaues hingewirkt werden. Genosse Grabe warnte vor einem Schußstreik, der das verwerflichste Mittel sei, um zum Ziele zu kommen. Da in diesem Jahr die Großsiedlung einen Zuzug von 1500 Familien bekommt, wird die Frage noch brennender. Man darf

Kranke am Kassenschalter.

In der breiten Öffentlichkeit und in ihrem Spiegel der Presse beginnt der Sturm, den die Änderungen in der Krankenversicherung durch die Rotenordnungen heraufbeschworen haben, allmählich abzuklingen. Der Berichterstatter hinter der Front könnte heute auch von diesem Kriegsschauplatz melden: „In der Krankenversicherung nichts Neues.“ Aber auch hier sieht das Bild an der Front, am Kassenschalter, weit weniger friedlich aus.

Eine lange Menschenlange drängt sich im engen Raum, abgeheulte Menschen. Als erster kommt ein Arbeitsloser — seit Monaten kein Erwerb — zu Hause fünf Kinder. Schon vorher hat er nicht viel verdient, so daß es unmöglich war, etwas auf die hohe Kante zu legen. Die knappe Unterhaltung reicht kaum aus, das Allernotwendigste zu schaffen und nun ist das Jüngste noch krank geworden und liegt mit fiebrigen Wangen und rüchelndem Atem zu Bett. „Schnell ein Krankenschein, mein Nabel muß gleich zum Doktor; hier ist die Stempelkarte!“, Familienkrankenschein, Gebühr 50 Pf., erwidert der Angestellte. „Siehste denn nicht, ich bin arbeitslos, da bin ich doch frei! So hat's in der Zeitung gestanden.“ „Für Ihre Person sind Sie von der Gebühr befreit. Die Bestrelung gilt aber nicht für die Familienangehörigen.“ „Was ist das nu wieder für'n Schwindel. Kinder soll man in die Welt sehen vor'n Staat un dann darf man se verrechen lassen.“ „So is et“, ruft eine Frau mitten aus der Reihe, „un mit den Fußziger is et noch lang nich alle. Denn kommt erst noch de Arzenei, die der Doktor ver-

schreibt. Zwei Märker hat ich zahlen müssen für en ganz Kleenet Glas. De Kasse zahlt nur mehr de Hälfte für uns Frauen un de Kinder. Immer doller wird's. Zahlen und zahlen und nicht davor freieren.“ Ein zustimmendes Murren geht durch die Reihen und manches nicht gerade lebenswürdige Wort fliegt dem Angestellten, „dem Bonzen“, an den Kopf, der doch ganz gewiß nur seine Pflicht erfüllt. „Wenn die Könige irren, müssen die Völker leiden“, sagt ein lateinisches Sprichwort. Ins Moderne überetzt: Wenn der Befehlgeber unliebame Bestimmungen trifft, dann entläßt sich auf die unschuldigen Häupter der Beamten und Angestellten der ganze mehr oder weniger berechtigte Groll der Bevölkerung.

Landaufenthalt für Jugendliche.

Der Bezirksjugendamt Bantow beabsichtigt, auch in diesem Jahre erholungsbedürftige schulenlose Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren auf dem Lande unterzubringen. Ganz besonders dürften für diese Stellen Jugendliche in Frage kommen, bei denen die Schul- oder Gewerbeärzte einen längeren Aufenthalt auf dem Lande zur Erlangung der Berufsfähigkeit für notwendig halten. Die Unterbringung erfolgt in Landpflegerstellen im Inland, Verpflegung und Unterkunft werden unentgeltlich gewährt. Bedingung ist, daß die Betreffenden nicht krank sind, sondern nur zu schwächlich, um in die Lehre zu treten. Anmeldungen werden bis zum 15. März werktäglich von 8 bis 13 Uhr — Sonntags bis 11 Uhr — Mittwochs keine Sprechstunde — im Bezirksjugendamt Berlin-Bantow, Neue Schönholzer Str. 35, Zimmer 254, entgegengenommen.

sicht nach Ingolstadt in den Augen der ganzen Welt verächtlich gemacht habe. In seiner Erregung griff Dr. Gruber mit fliegender Hand zur Feder und schrieb einen grimmigen Anklagebrief an das Berliner Polizeipräsidium. Weiterhin erhob er im Namen aller ehrlichen Ingolstädter Flamenden Protest gegen die „Pioniere“, so wohl beim preussischen Innenministerium als auch beim deutschen Städtetag. In seinen Briefen behauptete er, daß das Stück der Schriftstellerin Fleischer, Ingolstadt, seine Einwohner und vor allem die modernen Männer der einstigen Pioniergarntson auf das schwerste und schändlichste beleidige. Er nannte in wenig höflicher Art die „Pioniere von Ingolstadt“ ein „Schandstück“, ein „Schandstück“ und ein „gemeines Machwerk“, woraus Marie-Luise Fleischer, durch das furiose Temperament des Stadtvaters Gruber schließlich aus ihrer bayerischen Ruhe gebracht, Privatklage gegen den entseßten Ober anstregte.

Funkwinkel.

Die Elternstunde am Sonntag berührte ein schwieriges Zeitproblem: das Schicksal der Abiturienten, die zu Ostern die Schule verlassen. Die meisten von ihnen haben keine sicheren Zukunftspläne, können sie nicht haben. Denn die Ueberfüllung der Berufs- und Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten; macht die Frage der Berufswahl heute allen jungen Menschen bitter schwer. Dr. Gerhard Borghorffs Ausführungen beschäftigten sich leider nur mit den akademischen Berufen. Er erwähnte zwar in den Schlußsätzen seines Vortrages, daß nur Befähigte diese Berufe ergreifen sollten, aber welche Schüler, die das Reifezeugnis erlangen haben, welche Eltern, deren Kind es bis zum Abiturium gebracht hat, bezweifeln diese Befähigung? In den allermeisten Fällen werden leider nur die wirtschaftlichen Verhältnisse dafür ausschlaggebend sein, ob der junge Mensch die Unkosten des Besuchs oder sich einem praktischen Beruf zuwendet. Die Warnung vor dem Strahlen nach dem „höheren“, dem akademischen Beruf ohne wirkliche Berufung hätte viel überzeugender ausgesprochen werden müssen. — Die Jugendstunde entfaltete sich diesmal etwas. Elsa Lehnert weiß sonst mit ihrer kindersicht so anschauliche Bilder vor dem Mikrophon zu gestalten. Die Szenen, die als Vor- und Zwischenstück zu Haydns „Kindersinfonie“ aufgeführt wurden, waren recht belanglos.

Schillers „Verschwörung des Fliesko zu Genua“ wurde am Montag als Hörspiel geboten. Die weiblichen Rollen waren aus dem Drama herausgestrichen worden, um das atavistische Bild des revolutionären Trauerspiels klarer zu formen. Leider blieb es trotzdem ziemlich bloß. Fast alle Personen wirkten farblos; der Aufführung mangelte besonders in der ersten Hälfte das Tempo, und die meisten Sprecher ließen die überzeugende Begeisterung vermissen, von der dieses Spiel getragen werden muß. Einzig Friedrich Kayhler als Berrina war immer eine Gestalt von Fleisch und Blut. Dem Spiel voraus gingen „Bemerkungen zum Hörspiel“ von Intendant Dr. Hans Fiebig, auf die noch ausführlich eingegangen werden wird. — Rajcha Ralefs las eigene Gedichte, in denen sie die Einseitigkeit des Großstadtmenschen nachformte, am erschütterndsten dann, wenn sie ganz einfache Alltagsbilder gibt. — Ein philosophisches Gespräch „Was ist Wahrheit?“ führte Dr. Hans Reichenberg mit einem Arbeiter. Es wurden keine philosophischen Systeme diskutiert, sondern der dantenswerte Versuch unternommen, philosophisches Denken aus den Alltagsergebnissen des einzelnen herauszutristillieren und die so gewonnene Erkenntnis nutzbringend zur Bereicherung seines Weltbildes zu verwerten.

Dr. Klee, der Verteidiger der Dramatikerin, stellt fest, daß seine Mandantin durch die ungewöhnlich heftigen und kränkelnden Bemerkungen des Dr. Gruber Schäden erlitten habe. Sie wäre durch diese ungeredfertige Attacke in den zweifelhaften Ruf gekommen, sich auf „Pionieren“ zu spezialisieren. Ein solcher Verdacht dimittiere natürlich eine ernsthafte Schriftstellerin sehr erheblich. Der Verteidiger der Dramatikerin stellt weiterhin fest, daß Herr Dr. Gruber das von ihm so leidenschaftlich befehdtete Stück weder gelesen noch gesehen hat! Das Gericht verurteilt den allzu jungentragigen Ober a. D. wegen Beleidigung zu 30 M. Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens.

Aus der Partei.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Hollands hat den Beschluß gefaßt, daß der Tagungsraum der Parteitage alkoholfrei gehalten werden soll; von den Programmen der Parteistellungen sollen Alkoholanzeigen fernbleiben. Ein Schritt zur Alkoholfreiheit aller Parteiveranstaltungen und zur Unterbindung jeglicher Empfehlung des Alkoholgenußes — Ziele, die die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Alkoholgegner in ihrem Gegenwartsprogramm aufgestellt hat!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gesellschaft (11): Berlin S 14, Seeblickstr. 27-28, Saal 2. U.
Neu-Alt-Buch (Drisoverin): Mittwoch, 25. Februar, 1915 Uhr.
Schnapenvereinsversammlung in Altema, Hofstr. 12.
Jahresbericht, Neuwahl. Dann Schillerabend kein Eintritt. — Hülfsverein (Drisoverin): Mittwoch, 25. Februar, 19 Uhr, Seeblickstr. 27-28, Saal 2. Treffpunkt für die Kameradschaften in ihren Lokalen. Kameradschaft Gutes Leben an Seeblickstr. 27-28, Treffpunkt. Erscheinen Pflicht.

Deutscher Erziehungsverein zu Berlin. Donnerstag, 26. Februar, 19 Uhr, im Wilhelmshof, Seeblickstr. 12 (Winkel der Seeblickstr.). Vortrag: „Es sprechen zu Mischelberg: Was ist ein Kind? Was ist ein Mensch? Was ist ein Volk?“ u. a. m. von demselben über „Schichtarbeit“, Kapitan Wolff über die „Schichtarbeit“.

Deutsche Arbeitergesellschaft. Freitag, 26. Februar, 19 Uhr, im Wilhelmshof, Seeblickstr. 12. Vortrag: „Was ist ein Kind? Was ist ein Mensch? Was ist ein Volk?“ u. a. m. von demselben über „Schichtarbeit“, Kapitan Wolff über die „Schichtarbeit“.

Deutsche Arbeitergesellschaft. Freitag, 26. Februar, 19 Uhr, im Wilhelmshof, Seeblickstr. 12. Vortrag: „Was ist ein Kind? Was ist ein Mensch? Was ist ein Volk?“ u. a. m. von demselben über „Schichtarbeit“, Kapitan Wolff über die „Schichtarbeit“.

... mischen?! Bitte! — aber:
je weniger Bohnenkaffee und
je mehr Kathreiner,
desto vorteilhafter für Sie!

Durch Sprachkenntnis zum Frieden.

„Die Freunde der internationalen Kleinarbeit“ hielten ihre Generalversammlung, die gleichzeitig die fünfte seit Bestehen der Vereinigung war, in der Aula des Könlighen Gymnasiums ab. Genosse W. Floerke, der den Geschäftsbericht gab, erinnerte an die Zeit, von vor fünf Jahren, als einige Genossen die „Freidita“ gründeten, heute gehören ihr einige Tausend Mitglieder an, sie hat viele Ortsgruppen in Deutschland und Verbindungen nach vielen außerdeutschen Ländern. Dem Ziele der Organisation, die internationale Verständigung unter den Arbeitern zu fördern, dienen Ferienreisen der Mitglieder ins Ausland, besonders nach England, und Empfänge ausländischer Freunde, die bei den deutschen Freunden zu Gast weilen. Und wohl jeder, der einmal als Gast in einer sozialistischen Familie im Ausland gewohnt und seine fremden Arbeitsbrüder näher kennen gelernt hat, wird im Kreise seiner Arbeitskollegen ein eifriger Arbeiter für eine wahre Verständigung unter den Völkern sein und so in kleinen dem Frieden dienen. Vorbereitung für die Auslandsreisen sind die Kurse, die in englischer und französischer Sprache abgehalten werden. Der Unterricht geschieht nach der direkten Methode, und die guten Erfolge ermöglichen es den Teilnehmern oft schon nach kurzer Zeit, sich mit ausländischen Freunden zu verständigen. In unermüdlicher Kleinarbeit auf internationaler Basis, schloß Genosse Floerke, wollen auch wir der Verwirklichung des Sozialismus dienen. Die Wahlen ergaben im wesentlichen eine Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, die Geschäftsführung wurde wieder dem um die „Freidita“ so verdienten Genossen Floerke übertragen.

Theater vor Gericht.

Die Pioniere von Ingolstadt und der teusche Stadtvater. Vom Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte wurde der frühere Oberbürgermeister von Ingolstadt, Dr. Gruber, wegen Beleidigung der Schriftstellerin Marie-Luise Fleischer, Verfasserin der Komödie „Die Pioniere von Ingolstadt“, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Dies der Tatbestand: Marie-Luise Fleischer, geboren in Ingolstadt und mit der Luft ihrer Heimatstadt deshalb aufs engste vertraut, schrieb vor etwa zwei Jahren ein Stück mit dem Titel: „Die Pioniere von Ingolstadt“. In diesem Stück werden mit dichterischer Kraft, in volkstümlich lebendiger Sprache und mit viel Humor gewisse Eigentümlichkeiten beleuchtet, die dem Ingolstadt der Vorkriegszeit das dent der Anwesenheit der „tüchtigen“ Soldaten charakteristische Gepräge gegeben haben. In Ingolstadt aber regten sich gewisse Leute fürchterlich über die „Verunglimpfung“ der teuren Heimatstadt auf. Besonders der damalige Oberbürgermeister Dr. Gruber geriet in Ekstase und donnerte seinen Bannfluß gegen die unfelge Marie-Luise, die seiner An-

Ihre Zähne pflegen Sie täglich —
und Ihren Hals?

Überlegen Sie doch nur, was Ihr Hals alles an Unreinheiten und Bakterien „abfangen“ muß. Ist es da erstaunlich, daß er hin und wieder ein bißchen versagt und man dann die Folgen zu tragen hat?

Sie müssen dem Hals bei seiner Arbeit etwas helfen. Lassen Sie doch täglich, namentlich draußen und überall dort, wo durch Menschenansammlungen die Ansteckungsgefahr erhöht wird, hin und wieder ein paar Wybert im Munde zergehen. Das beugt Erkältungen vor, wirkt also wie Gurgeln, ist aber einfacher und schadet dem Magen nicht.

Große Dose Wybert RM 1.25 je Dose
Kleine Dose Wybert RM 0.70 je Dose

Pflege Deinen Hals täglich — gurgle trocken mit Wybert.

Preisabbau

Wygbert

